

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 22

Berlin, den 31. Mai 1930

5. Jahrgang

Der Reichshaushalt 1930.

Das Reichshaushaltsgesetz ist das Grundgesetz der parlamentarischen Demokratie. Die Entscheidung, die der Reichstag mindestens einmal jährlich — und öfter, wenn Nachtragshaushalte vorgelegt werden — über den Reichshaushalt trifft, ist eine Entscheidung über den Kurs, den die Regierung zu Steuern hat, über die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des Staates, d. h. über die Richtung und den Umfang der Beeinflussung der Einkommensverteilung zwischen den Klassen und die Größe und Art ihres Konsums durch den Staat; die Entscheidung aber auch über die Größe und Zusammensetzung des Staatsapparats. Es gibt kein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, das nicht durch die Zusammensetzung des Staatshaushalts beeinflusst würde. Politik und Rechtswesen, Militär und Polizei, Sozialversicherung und Wohlfahrtswesen, Wirtschaft und Verkehr, Bildungswesen, Kirche und Kunst erfahren eine wichtige, zum Teil entscheidende Beeinflussung durch die jährliche Entscheidung des Parlaments über den Staatshaushalt.

In Deutschland herrscht erst seit wenigen Jahren die parlamentarische Demokratie. Daher ist das Interesse und das Verständnis für die Bedeutung des Staatshaushalts noch lange nicht so weit verbreitet wie in Ländern alter parlamentarischer Demokratie, wie z. B. England. Die breite Öffentlichkeit interessiert sich zumeist für einige große, politisch sensationelle Streitfragen, wie z. B. seit einigen Jahren für die Panzerkreuzerfrage. Die Bedeutung dieser Frage soll nicht unterschätzt werden. Sie ist für unsere Wehrpolitik ein Prüfstein und ist auch materiell nicht nebensächlich. Aber schließlich übersteigen die jährlichen Ausgaben für den Panzerkreuzerbau vorläufig noch kaum ein Promille des Reichshaushalts, und es ist nicht gerade unwichtig, sich darum zu kümmern, wie die restlichen 999 Promille des Reichshaushalts verwendet werden. Die Öffentlichkeit muß es allmählich lernen, sich über Einzelfragen, die im Brennpunkt des politischen Kampfes stehen, hinaus in das Gesamtzahlenwerk des Etats zu vertiefen und auf die Verschiebungen zu achten, die Jahr für Jahr im Etat vor sich gehen. Denn in diesen Verschiebungen manifestiert sich der politische, soziale und wirtschaftspolitische Kurs, der von den einzelnen Regierungen gesteuert wird, in ihnen entscheidet sich das Schicksal des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.

Und speziell der gewerkschaftlich geschulte Arbeiter sollte auf diese zahlenmäßige Verflechtungen im Staatshaushalt sein Hauptaugenmerk lenken. Denn erst ihre Kenntnis setzt ihn instand, darüber ein Urteil abzugeben, wie der Staat seine sozialen Aufgaben im Verhältnis zu seinen anderen Aufgaben erfüllt, welche Schlüsse daraus abzuleiten sind, und welche Forderungen sich daraus ergeben. Es soll deshalb im folgenden das Augenmerk nicht auf einzelne, wenn auch noch so wichtige Fragen des Haushaltskampfes gelenkt werden, wie die Frage der Arbeitslosenversicherung, der Reisefürsorge, der produktiven Erwerbslosenfürsorge oder andererseits die Frage des Panzerkreuzers B — die Bedeutung dieser Fragen ist ja auch schon aus der Tagespresse genügend bekannt —, sondern es soll der Gesamttat von einigen Gesichtspunkten beleuchtet werden, die bisher in ihrer zahlenmäßigen Bedeutung von der Öffentlichkeit weniger beachtet wurden, obwohl sie eine entscheidende Rolle spielen.

Zwei Gesichtspunkte sind es, unter denen heute der Staatshaushalt vor allem betrachtet werden muß. Einerseits müssen die grundlegenden Veränderungen beobachtet werden, die in der Struktur des Staatshaushalts seit der Vorkriegszeit eingetreten sind. Andererseits muß untersucht werden, worin sich der jetzt zur Beratung stehende Reichshaushalt von den vorjährigen Haushalten unterscheidet. Beide Fragen sollen durch einige Stichzahlen beleuchtet werden.

Die Strukturveränderungen des Staatshaushalts seit dem Krieg betreffen im wesentlichen die Ausgaben- und Einnahmenseite des Etats. Die Einnahmenseite wird durch die Veränderungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite beeinflusst, als die ungeheure Steigerung der Staatsausgaben dazu gezwungen hat, viel mehr Steuerquellen zu erschließen als vor dem Krieg (z. B. Umsatzsteuer, Hauszinssteuer) und die Steuern viel stärker anzuspinnen (z. B. die Einkommensteuer und die indirekten Steuern). Gerade diese Anspannung aber hat eine Verschiebung der steuerlichen Belastung zugunsten der unteren und zumungunsten der oberen Einkommensschichten im wesentlichen unmöglich gemacht. Und stärker noch hat in der gleichen Richtung die Verringerung des Anteils der oberen Einkommen am Volkseinkommen gewirkt. Wenn auch die steuerliche Belastung jedes einzelnen hohen Einkommens gegenüber der Vorkriegszeit geringfügig gestiegen ist, so kann der Staat aus den oberen Einkommen doch nicht so viel herausholen, daß er der arbeitenden Bevölkerung eine Mehrbelastung ersparen könnte. Denn der Anteil der oberen Einkommen am gesamten Volkseinkommen ist eben niedriger als vor dem Krieg.

Wir wollen uns deshalb auf die Betrachtung der Ausgaben- und Einnahmenseite des Etats beschränken. Für sie ist zunächst, wie schon erwähnt, die ungeheure absolute Ausgabensteigerung charakteristisch. Betrachtet man Reich, Länder und Kommunen, also den Gesamtstaat als eine Einheit — und das muß man natürlich bei jeder Untersuchung der Haushaltsstruktur tun —, dann ist der gesamte Finanzbedarf, d. h. der Bedarf für sämtliche Ausgaben, ohne Rücksicht auf die Art der Deckung, von 11778 Millionen Reichsmark im Rechnungsjahr 1913/14 auf

18 771 Millionen Reichsmark im Rechnungsjahr 1927/28 (dem letzten Jahr, für das die Finanzstatistik abgeschlossen ist) gestiegen. Selbst unter Berücksichtigung der Geldentwertung ergibt sich eine Steigerung der Staatsausgaben fast auf das Doppelte.

Zu einem großen Teil entfällt diese Steigerung auf die äußeren und inneren Kriegslasten. Schaltet man diese Ausgabenposten aus, so beschränkt sich die Steigerung von 7118 auf 15 082 Millionen. Es muß aber dabei berücksichtigt werden, daß die inneren Kriegslasten zum größten Teil den Charakter einer ausgesprochenen sozialen Wohlfahrtsaufgabe tragen, nämlich die Renten für die Kriegsoffer und deren Hinterbliebene. Das leitet uns schon zur zweiten, wichtigeren Ursache der Ausgabensteigerung: dem Anwachsen der sozialen Ausgaben. Ein Blick auf die Ausgabenetats der Vor- und Nachkriegszeit wird uns darüber belehren, daß die sozialen Ausgaben des Staates weit stärker gewachsen sind als seine Gesamtausgaben, und zwar vor allem deshalb, weil die Ausgaben für die Wehrmacht sogar absolut — trotz der Geldentwertung — zurückgegangen sind. Folgende Zusammenstellung wird über die Veränderungen, die in den wichtigsten Ausgaben- und Einnahmengruppen seit dem Kriege eingetreten sind, Aufschluß geben:

| | 1913/14 | 1927/28 |
|---|---------|---------|
| in Mill. Reichsmark | | |
| Öffentliche Verwaltung | 1255 | 3149 |
| Wehrmacht | 1822 | 769 |
| Wohlfahrtswesen | 691 | 3131 |
| Wohnungswesen | 31 | 1628 |
| Bildungswesen | 1392 | 2885 |
| Wirtschaft und Verkehr | 1018 | 2187 |
| Öffentliche Anstalten und Einrichtungen | 429 | 682 |
| Schuldenzinsen | 477 | 715 |
| Innere Kriegslasten | 68 | 1910 |
| Äußere Kriegslasten | — | 1779 |

Gesamtausgaben 7178 18771

Und noch eindrudsvoller sind die Relativdifferenzen. Sie beziehen sich auf den Anteil jeder Ausgaben- und Einnahmengruppe am gesamten Finanzbedarf ausschließlich der Kriegslasten und lauten in Prozent:

| | 1913/14 | 1927/28 |
|---|---------|---------|
| Öffentliche Verwaltung | 17,7 | 20,8 |
| Wehrmacht | 25,5 | 5,1 |
| Wohlfahrtswesen | 9,7 | 20,7 |
| Wohnungswesen | 0,5 | 10,8 |
| Bildungswesen | 19,6 | 19,2 |
| Wirtschaft und Verkehr | 14,3 | 14,2 |
| Öffentliche Anstalten und Einrichtungen | 6,0 | 7,5 |
| Schuldenzinsen | 6,7 | 4,7 |

Diese Zahlen sprechen für sich und machen jeden Kommentar überflüssig. Würden die Ziffern für die folgenden Jahre 1928 und 1929 schon bekannt sein, so würden sie zeigen, daß unter der Regierung Hermann Müller diese Entwicklungstendenz vom Wehrstaat zum Sozialstaat noch eine weitere Stärkung erfuhr. Andererseits hatte aber die Regierung Her-

mann Müller mit dem wachsenden Widerstand der bürgerlichen Parteien und Interessengruppen gegen die angebliche Ueberbelastung der Wirtschaft durch das Anschwellen des Sozial- und des Staatsausgaben überhaupt zu kämpfen. Um unter diesem schweren Druck überhaupt noch die Koalition aufrechtzuerhalten zu können, und unter dem Druck der Finanznot des Reiches mußten schon gewisse Konzessionen für den Staatshaushalt 1930 in Kauf genommen werden. Als vollends die Regierung Brüning ans Ruder kam, erfuhr die Haushaltspolitik des Reiches eine völlige Schwertung. Das Ergebnis ist, daß der Reichshaushalt des Jahres 1930, so wie er dem Reichstag vorgelegt wurde, schon ein ganz anderes Gesicht zeigt als die vorhergehenden Haushalte. Darüber möge folgende Uebersicht Aufschluß geben:

| | 1928 | 1929 | 1930 |
|----------------------------------|------|------|------|
| in Millionen Reichsmark | | | |
| Reichsverwaltung | 715 | 711 | 727 |
| Wehrmacht | 827 | 753 | 791 |
| Soziale Ausgaben: | | | |
| Zuschüsse zur Sozialversicherung | 417 | 612 | 579 |
| Erwerbslosenfürsorge | 571 | 603 | 435 |
| Sonstige soziale Zwecke | 77 | 86 | 61 |
| Wohnungswesen | 38 | 24 | 15 |
| Wirtschaft und Verkehr | 367 | 312 | 369 |
| Kulturelle Ausgaben | 40 | 87 | 87 |
| Reichsausgaben im engeren Sinne | 3052 | 3118 | 3015 |
| Schuldenzinsen | 630 | 514 | 1061 |
| Ueberweisungen an die Länder | 2312 | 2482 | 2585 |
| Innere Kriegslasten | 2315 | 2069 | 2082 |
| Äußere Kriegslasten | 2179 | 1907 | 1882 |

Gesamtausgaben des Reichs 11788 11090 11575

Die Verschiebungen sind also ziemlich beträchtlich. Der Finanzbedarf des Reiches ist, soweit er der Deckung wirklicher Reichsausgaben (von der Schuldentilgung abgesehen) dient, niedriger angelegt als in den beiden letzten Jahren. Aber diese Ausgabenentlastung geht ausschließlich zu Lasten des Sozial- und des Wirtschaftsausgaben des Reiches und insbesondere die Wehr- und Sozialausgaben zeigen steigende Tendenz.

Freilich ist das letzte Wort über den Haushalt 1930 noch nicht gesprochen. Selbst wenn der Reichstag alle Drofflungs- und Sparmaßnahmen im Sozialetat annehmen sollte, wird der Druck der Wirtschaftskrise zwangsläufig zu einer Steigerung der sozialen Ausgaben über die Haushaltsanträge hinausführen. Es wird wie bisher Aufgabe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sein, darüber zu wachen, daß der Steigerung der sozialen Ausgaben durch die Wirtschaftskrise nicht durch einen Abbau der sozialen Einrichtungen entgegengetrieben wird.

Zudem zeigt dieser kurze kritische Ueberblick über den Gesamtstaatshaushalt des Reiches, wie stark sich die Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen im Etat schon ausgewirkt haben, und wie unmittelbar sie für die arbeitende Bevölkerung materiell fühlbar werden.

Dr. Alfred Braunthal

Der Einfluß der Flieharbeit auf die Gesundheit des Arbeiters.

Von Dr. en sc. soc. et. pol. Hans Mayer-Darland, New York City (U. S. A.).

Die Folgen und Auswirkungen des rationalen, fliehenden Arbeitshygiene sind nicht nur von größter wirtschaftlicher Bedeutung, sondern bilden ein Problem für die Volksgesundheit. In Amerika wurde die „Flieharbeit“ ohne große arbeitspsychologische Forschungen eingeführt. Eingehende Untersuchungen haben mir gezeigt, daß die gesundheitlichen Schäden weit größer sind, als man angenommen hatte. Wenig Literatur, und noch weniger Zahlenmaterial ist über die Einwirkung der Rationalisierung auf die Gesundheit des Arbeiters zu finden. Sehr wenige Doktrinen haben sich mit der Frage beschäftigt, „Amerika sträube man sich geradezu, irgendwelche Untersuchungen anzustellen, Tabellen und Statistiken auszuarbeiten und entsprechend die Frage zu diskutieren — von Abwehrmaßnahmen ganz zu schweigen.“

Durch eingehende Beobachtungen und Untersuchungen in Fabriken der Ford Motor Company, der Worthington Pump Machine Corporation und einigen kleineren Werken in meinen theoretischen Schlußfolgerungen, behaupte ich, daß das einseitige, jahrelang fortgesetzte Arbeiten am Bande, Conveyer und Wandertisch eine eigenartige Körperhaltung und Körperstellung erfordert, die zweifelsohne eine Veränderung am menschlichen Körper verursacht. Innere Organe werden durch langandauernde, eigenartige, durch die Arbeitsmaschinen bedingte Bewegungen oder Körperhaltungen aus ihrer normalen Lage gebracht. Insbesondere trifft diese meine Behauptung auf Frauen und Mädchen zu.

Nach Gelenke, Muskeln und Glieder des Arbeiters werden leichtere oder schwerere Veränderungen erfahren, die zweifelsohne bei der Masse der Industriearbeiter volksgesundheitliche Wirkungen haben müssen. Das Nervensystem mit seinen feinen Verästelungen und seiner großen Empfindlichkeit für äußere Einflüsse wird beim Arbeiter des rationalen Systems deformiert. Dadurch werden Wirkungen hervorgerufen, die in das Gebiet der industriellen Nervenerkrankungen fallen, was dem Neurologen und dem Psychiater ungemein viel Material über die Einflüsse der Flieharbeit auf die Gesundheit des Industriearbeiters liefert.

Die Arbeit formt den Geist einer Person, und die Eintönigkeit der Flieharbeit ist neben einigen anderen Umständen die Ursache der geistigen und nervösen Erkrankungen der Industriearbeiter. Ich werde an Hand von reichlichem Zahlenmaterial, das ich in New Yorker Fabriken sammelte, zeigen, wie weit die Eintönigkeit und die „Rationalisierung“ die Gesundheit der amerikanischen Arbeiter beeinflusst.

Der Arbeiter in der heutigen amerikanischen Industrie ist zu einem Hebel oder einem Werkzeug degradiert, dessen Ausführungen und Manipulationen sehr bald durch lichtelektrische Apparate, Photostellen und dergleichen getan werden können, die das Individuum ganz ausschalten. Da er keinerlei Denkarbeit verrichtet, ja das Denken nur schädlich wirkt bei seiner Arbeit, ist der Arbeiter nicht der Leiter seiner Arbeit, sondern das Anhängsel der Maschine, des Mechanismus. Er arbeitet gar nicht, sondern wird bearbeitet von den Maschinen, Schall- und Kontrollapparaten, die ihn zwingen, diese oder jene Manipulation auszuführen. Die ganze Produktionsarbeit ist aufgeteilt in eine Menge kleiner Teilarbeiten, die von den Arbeitern in Hunderttausenden von Bewegungen immer und immer wieder gemacht werden. Das bedeutet, daß gewisse Gelenke, Glieder oder Organe tagtäglich Tausende von Malen dieselbe Bewegung, dieselbe Anstrengung und Erregung mitmachen, während der übrige Teil des Körpers in einer ruhigen Lage bleibt, die vielleicht — oder besser gesagt — meistens ungewöhnlich zur normalen Körperhaltung liegt. Dadurch ist ein großer Teil des Körpers zu einer passiven, einschläfernden Stellung verurteilt, welche bei acht Stunden täglich, im Jahr bei 300 Arbeitstagen den Arbeiter zu einer Körperhaltung bringt und an sie gewöhnt, die ungesund und andrinal ist. Beobachten wir genau, dann verrichten diese Menschen auch in ihren anderen Lebenslagen genau dieselben Bewegungen wie bei der Arbeit. So beobachtete Hunderte von Metallarbeitern der Worthington Corporation, die linksständige Anlaster an ihren Schleif-, Polier- und Schmirgelmaschinen hatten, wie diese auch links ihr Gebiß benutzten, links die Handgriffe zum Öffnen von Fenstern und Türen benutzten usw. Dabei war die Muskulatur des linken

Armes bedeutend stärker entwickelt als jene des rechten. Sehr bald konnte ich feststellen, daß diese Metall-Oberflächen-Arbeiter in der Benutzung ihres rechten Armes, der Finger der rechten Hand ungeschickt wurden. Ja, ich konnte mehrere Unfälle an den Handgelenken dieser Arbeiter darauf zurückführen, daß die rechte Hand an Geschicklichkeit eingebüßt hatte. Von den 312 Oberflächen-Arbeitern im Jahre 1926 waren die meisten Knapp über zwei Jahre in diesem Fließbandbetrieb und an denselben Maschinen beschäftigt. Je länger die Leute in demselben Arbeitsraum und bei derselben Arbeit waren, desto höher wurde die Unfallhäufigkeit, und die Zahl der verlorenen Arbeitsstunden durch nervöse Störungen stieg langsam, aber stetig.

Gewiß, jeder Arbeiter, der diesen Einwirkungen durch Sport und entsprechende Gegenmaßnahmen entgegenarbeitet, mag den Einfluß und etwaige Schäden vermeiden oder hinausschieben, aber dazu muß er wissen, was mit ihm vorgeht. Das wissen aber die meisten nicht, sondern sie werden unbemerkt zu einem nichtdenkenden Automaten, der dreihundertmal im Jahr morgens aufgezogen wird für acht, zehn oder zwölf Stunden und der dann gewisse Bewegungen ausführt, wozu ihn der Mechanismus, die „fließende“ Produktionsmethode zwingt. In seiner Freizeit macht er unbewußt dieselben Bewegungen weiter, sei es beim Speisen, Hausarbeiten, Spielen oder im sonstigen Alltag. Mit anderen Worten, der ausgezogene Automat wird nicht abgedreht. Sehr bald würde ein zwangswisses Zurückkehren in seine individuellen Bewegungen oder Körperhaltungen schmerzhaft, besonders bei jenen, bei denen die Wirbelsäule durch den Arbeitsprozeß zu einer anormalen Stellung gezwungen wird. Da es sich aber schwerer, aber zum mindesten äußerst unangenehm für ihn anläßt, verfallt der Arbeiter auch in der Freizeit in seine „berufliche Körperhaltung“, die eben anormal ist.

Der menschliche Automat ist nun in der Industrie sehr geschätzt, denn er macht die wenigsten Fehler. Der denkende Arbeiter liefert die größere Fehlerproduktion, weil er nicht bearbeitet sein, sondern arbeiten will. Die letzteren müssen aus der Fließband-Produktion entfernt werden, da sie der Produktion schaden. Nun ist aber jeder in diesem System, von dem heute jede Branche in Amerika erfährt ist, ein mehr oder minder denkendes Wesen. Deshalb dauert es von 12 bis zu 30 Monaten, den Fließarbeiter zu „schaffen“, d. h. die nichtdenkende menschliche Maschine zur Beherrschung und Handhabung der Produktionsmaschine. Infolgedessen fallen die hohen Unfallziffern in die Kategorie derjenigen Industriefabrikanten, die zwischen einem und dreißig Monaten dieselbe eintönige, langweilige und geistlose Arbeit verrichten.

Die meisten Arbeiter der rationalisierten Betriebe, welche vielleicht irgendeine Beschäftigung hatten, die einen gewissen Grad von Intelligenz und Denken erforderte, klagten bald über Kopfschmerzen, Schwindelgefühl und Brechreiz. Es hängt davon ab, welcher Art der Arbeitsstoff ist, aber die Tatsache steht bei allen fest, daß die Augen enorm in Anspruch genommen und geschädigt werden. Die industrielle Arbeiterschaft Amerikas ist zu einer brillenträgenden Bevölkerung geworden, woran zum Teil die Arbeitsmethoden schuld sind, wenn ich auch nicht leugnen will, daß Gläsertragen in Amerika z. B. auf die Wirkung der Reflektoren zurückzuführen ist wie der Besitz eines Radios oder eines Automobils.

Diejenigen Menschen, die sich nun gegen die Automatisierung ihres Körpers und Geistes wehren, und zwar im Laufe einer langandauernden Beschäftigung am Bande oder am Conveyer, haben meist unter einer Nervenerkrankung zu leiden, die eigenartige Symptome zeigt. Solche Menschen sind mechanisiert durch die monotone Arbeit, aber zu ihrem Unglück nicht ganz. Es gliht noch ein fester Persönlichkeits-Originalität und Hoffnungen in dem Trümmerhaufen ihrer früheren Person, und dieser Haufen wird zu einem Komplex, der psychologisch zu einem Leiden oder Zustand führt, der in das Gebiet der industriellen mentalen Erkrankungen fällt. Wie sich dies auswirkt, soll weiter unten ausgeführt werden.

Wo aber dieses Persönlichkeitsgefühl gänzlich ausgerodet ist, da allerdings herrscht geistiger und auch leiblicher Frieden und diese Menschen sind wandelnde Automaten, die keinen Protest, kein Leiden und keinen Widerstand in der Arbeit mehr kennen, die Teile des Fließbandsystems geworden sind, wie das Band selbst.

Mancher Fabrikant ist deshalb nichts anderes als ein Friedhof von geistig Toten. Durch die Rationalisierung der

Wirts im Handel und in der Industrie hat sich auch dort der Einfluß der monotonen Rationalisierungsarbeiten eingeschlichen, und dort herrscht er mit derselben Strenge und denselben Resultaten. Schon das Taylorsystem hat die Arbeitsbewegungen zu bestimmen versucht und die Rationalisierung auch in einem gewissen Grade durchgeführt. Die Fließarbeit jedoch bestimmt nicht nur die Arbeitsbewegungen, sondern vor allen Dingen auch das Tempo. Diese letzte Tatsache ist eine der hauptsächlichsten Faktoren für die Beurteilung der gesundheitlichen Schäden des Systems.

In Deutschland haben einige Autoren behauptet, daß „das Arbeiten am Bande“ ein Eingeweichtgefühl zur Arbeit schaffe und damit das Interesse des Arbeiters an der Produktion sich heben würde. Ich konnte in acht Jahren, in denen ich in Amerika Fabriken besichtigte, in solchen als Kontrollingenieur und Gesundheitsingenieur arbeitete, nicht das geringste davon finden. Der Arbeiter hat an der Produktion keinerlei Interesse, solange er unterbezahlt ist, solange die Arbeitsstätte gewerdegenehmlich mangelhaft eingerichtet ist und die Arbeiterversicherung sowie die soziale Fürsorge ganz oder beinahe fehlt. In einer früheren Abhandlung habe ich die amerikanischen Wohlfahrtsvereinigungen und Unfallgesetze genauer betrachtet. Dabei möchte ich Stellung nehmen gegen die in der deutschen Presse so oft erscheinenden Aufsätze von Besuchern, die in sechs Wochen Amerika bereisen und dann die Mutterbetriebe, die man so bereitwillig zeigt, nicht genug loben können. Dies erweist in Europa dann den Eindruck, als wäre Amerika in Gewerbehygiene, Arbeiterschutz, Sozialversicherung und Fabrikwohlfahrt führend. Dem ist bei weitem nicht so.

Mit der Einführung der Fließarbeit wurden die Belegstellen der großen Werke verringert, und das ist eine Ursache, warum die Zahl der Unfälle im Laufe der letzten fünf Jahre (1924 bis 1929) nicht in dem Maße stieg, wie in den Jahren 1920 bis 1924. Dagegen haben die industriellen Erkrankungen in diesen letzten fünf Jahren ganz bedeutend zugenommen, obwohl die Anzahl der beschäftigten Industriefabrikanten in den von eigenartig aufgebauten Unfallgefahren betroffenen Betrieben relativ abnahm.

Die „American Machine and Foundry Co.“ in Brooklyn beschäftigte im Jahre 1921 noch 2084 Arbeiter, am 31. März 1930 nur noch 290, bei einer beinahe gleichbleibenden Produktion. Früher (1921) waren zum Hofenabstich in diesen Werken zwölf bis fünfzehn Mann nötig, heute zwei bis drei — dennoch stieg die Zahl der durch Krankheit und Unfall verlorenen Arbeitsstunden um 1% Proz.

Von 1920 bis 1924 wurden 141 830 Unfall- und Berufskrankheitsfälle bei der New Yorker Unfall-Kommission gemeldet, darunter 5492 Todesfälle, 206 totale Invaliditätsfälle. Der Durchschnitt der Jahresanträge war 88 366 Fälle.

Im Jahre 1928 — in dem die „Fließarbeit“ in New Yorker Betrieben schon solche Formen angenommen hatte, daß von den Betrieben nur die kleinsten Umfanges noch nicht rationalisiert waren, wurden 95 365 Unfall- und Berufskrankheitsfälle gemeldet und dafür 28 Millionen Entschädigung ausbezahlt (die erste Woche keinerlei Entschädigung, ab der zweiten Woche 66% Proz. des Lohnes, aber nicht mehr als 25 Dollar pro Woche).

Das Jahr 1928 zeigt also ein Steigen der Unfall- und Krankheitsziffern um 6999 Fälle, trotzdem bereits die Zahl der Industriefabrikanten in den Großbetrieben durch die Rationalisierung abgenommen hatte. New York versichert nur gefährliche Industrien und Arbeitsstätten, also keine Bankbüros oder Verkaufsanstalten. In den letzteren Kategorien passieren mehr Unfälle durch die Einführung elektrisch betriebener Maschinen, Buchungs- und Sortiermaschinen, Abreißautomaten und Verpackungsmaschinen, nicht „Mikroden“, Bändern, Transporthemmen und dergleichen als unter dem bisherigen System. Die Rationalisierung hat den Arbeitsprozeß gefährlicher gemacht, da diesem System eine Reihe von Sicherungseinrichtungen im Wege war, die man abschaffte, um die Produktion nicht zu hemmen. Dadurch sind die Einwirkungen der Arbeitsstoffe (Papier, Chemikalien, Holz, Metallstaub, Dünste, Porzellan, Blei usw.) auf den Arbeiter schädlicher als bisher. Spielte Gewerbehygiene schon früher nicht viel mit bei der Einrichtung amerikanischer Arbeitsstätten, dann hat man bei der Rationalisierung noch weniger die einfachsten Gesundheitschutzmaßnahmen beachtet.

mishbrauchen? — Es sind dies die Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei, die sich stets gern rühmen, große Massen Arbeiter, Angestellte und Beamte mit zu ihren Wählern zu zählen.

Reibiger Krämergeist gegen die verhassten Konsumvereine der in der Wirtschaftspartei im Reichstag vertretenen Kleinhandlärer, Krämer, Wäcker und Metzger ist die Ursache dieser Schandgesetze. Ihnen hat die organisierte Klassenbewusste Arbeiterbewegung die Antwort zu geben. Diese Antwort muß lauten: Keinen Pfennig unserer Kaufkraft für Hand, die uns schlug, dem privaten Kleinhandel, Bäckern, Metzchern.

Wir wollen euch zeigen, von wem die profitstüchtige privatkapitalistische Wirtschaft abhängig ist.

Unsere Abwehr gegen euren Angriff ist die restlose Anlegung und Ausnutzung unserer Kaufkraft im Konsumverein. Wir lassen uns das Recht unserer wirtschaftlichen Selbsthilfe nicht rauben. Wir handeln!

Beschäftigungslage in Deutschland.

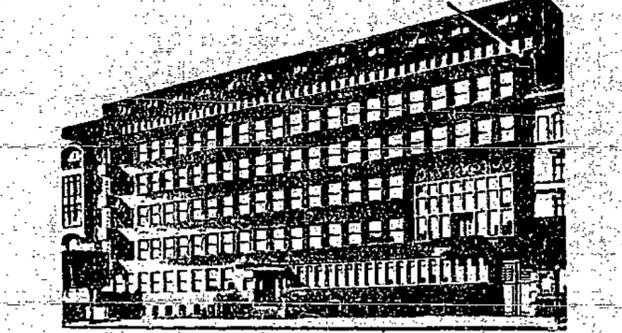
Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft haben sich noch immer nicht gebessert. Wohl ging es bei der Industrie im März und April etwas floter, aber der Arbeitsmarkt erfuhr dadurch keine wesentliche Entlastung, weil die Saisongewerbe, vor allem das Baugewerbe, nicht den alljährlichen Aufschwung zu verzeichnen hatten. Das Baugewerbe hatte nach der Statistik des Baugewerksbundes Ende April noch 45,5 vom Hundert Arbeitslose gegen 20,8 im Jahre 1929 und 14,2 im Jahre 1928. Bei den Baustoffindustrien sieht es nicht viel besser aus. Dort waren noch 33,4 v. H. Ende April 1930 ohne Arbeit, 1929 dagegen um diese Zeit nur noch 16,8 und 1928 gar nur 7,4 v. H. Zum Bauen fehlt das Geld. Das Reich muß erst den Juntarn helfen, deshalb kann es keine Bauforschüsse gewähren. Aber auch das vorhandene billige Geld regt den Baumarkt nicht an, wahrscheinlich deshalb, weil dadurch die bisherigen hohen Mietpreise für Neubauwohnungen durch billigere Neumieten herabgedrückt wurden.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß trotz des weiteren konjunkturellen Rückgangs der Beschäftigung in der jüngsten Entwicklung doch der Übergang von der Krise zur Depression deutlich erkennbar ist. Die Aussichten sind also noch äußerst betrüblich. Nur wenige Industriezweige haben eine kleine Belebung zu verzeichnen. Wenn freilich kein energischer Antrieß für die Wirtschaft kommt, kann auch dieser Silberstreif am Wirtschaftshimmel sich wieder verblassen.

Es hat den Anschein, als hätten sich die Wirtschaftszweige in dieser Lage gar nicht so unbehaglich, Nebenfalls tun sie herzlich wenig zur Anregung des Wirtschaftsgetriebes. Sie halten ihre Profittate durch Lohndruck in der alten Höhe und warten ab, bis die Schwächsten gar purzeln. Auf diese Weise vollzieht sich die Reinigung, ohne daß den Bleibenden der Vorwurf der Expropriation gemacht werden kann. Dadurch erheben sich die Starben den verlustreichen Preiskampf, und sie kommen dabei doch auf ihre Kosten. Man muß es nur verstehen, sagen sie sich. Wenn man dabei viele unzulässige Arbeiterkraft mit buden kann, ist es um so besser, denken sie dabei. Ja, die kapitalistische Wirtschaftsform ist einträglich für die Kapitalisten; sie halten sich schadlos und wahren ihre Vorteile, ob wir nun Krise oder Hochkonjunktur haben. Die anderen können ja die Opfer bringen. Die Ungleichgültigkeit, mit der die deutschen Unternehmer die Krise hinnehmen, ist ein Zeichen dafür, daß sie an diesem traurigen Wirtschaftszustand Interesse haben, sonst müßten sie doch alle Hebel in Bewegung setzen, um mit Hilfe des Staates und der Arbeiterschaft den Kampf dagegen aufzunehmen. Die maßgebenden Wirtschaftler rühren jedoch keinen Finger.

Ein neues Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, sah sich infolge ihres außerordentlichen Wachstums vor die Notwendigkeit gestellt, ein neues Geschäftsgebäude zu errichten. Wir bringen oben ein Bild



des Hauses, wie es nach Fertigstellung aussehen wird. In zwei Bauabschnitten wird gearbeitet. Der erste — auf dem Bild rechts — steht jetzt vollendet da und hat die Abteilungen der Zentrale provisorisch aufgenommen. Einfachheit und Sachlichkeit werden bei dem Gebäude vorherrschen, den Zwecken entsprechend, für die es bestimmt ist. Die äußere Form ergab sich auf Grund der Lage des Grundstückes an der Außenalster in Hamburg aus städtebaulichen Gründen. In einer Front von 63 Meter und einer Tiefe von 18 Meter bei sechs Stockwerken wird es sich erheben.

Arbeiterstenographen.

Der Arbeiterstenographenverband für das deutsche Sprachgebiet, der 1926 durch die Verschmelzung der Arbeiterstenographenverbände für Stolze-Sähen, Stenotachgraphie, Neumann-Stenographie und Reichsdeutsch als interstellare Einheitsorganisation aller deutschsprechenden Arbeiterstenographen gebildet worden ist, kann jetzt auf ein vierjähriges erfolgreiches Wirken zurückblicken. Eine kürzlich in Leipzig abgehaltene Gauleiterkonferenz legte Zeugnis ab von dem gelunden, vorwärtsdringenden Geist, der diese Bildungsorganisation der Klassenbewußten Arbeiterbewegung erfüllt. Der Vorstand, der Anfang 1929 mit dem Sitz des Verbands von Bremen nach Dresden verlegt wurde, war eifrig bemüht, unter Ausschaltung jedes Systemkampfes die Durchsicht zu pflegen und in der Arbeiterbewegung zu fördern. Das Verbandsgebiet war Ende 1929 in 14 Gauen eingeteilt, von denen bis jetzt neun mit Gauleitungen besetzt sind. In 26 Städten befinden sich Ortsgruppen des Verbandes, in vielen anderen Orten wohnen Einzelmitglieder, die in der korrespondierenden Mitgliedschaft (Leiter Hubert Hoch, München-Gladbach-Neumert, Goben 107) zusammengefaßt sind. Im vorigen Jahre haben 19 Ortsgruppen insgesamt 48 Anfängerkurse mit 860 Teilnehmern abgehalten. 12 Ortsgruppen veranstalteten 14 Wettbewerbe, an denen 324 Mitglieder teilnahmen. Außerdem wurden noch im Gau Rheinland-westfalen 2 Gauwettbewerbe und im Gau Sachsen ein Gruppenwettbewerb durchgeführt. Die im Verbandsstatut fest bestimmte Grundbücher werden weiter ausgebaut und eine Prüfungsordnung für Unterrichtsstufen soll ausgearbeitet werden. Der nächste Verbandstag wird 1930 stattfinden. Alle Arbeiterstenographen, die dem Verband noch nicht angehören, werden zum Beitritt dringend eingeladen. Verbandsvorsitzender ist Genosse Hugo Käfel, Dresden-N., Antonstraße 14.

Achtet auf die Fristen!

Die in den verschiedenen arbeitsrechtlichen Gesetzen vorgeschriebenen Fristen finden leider nicht immer die notwendige Beachtung, wodurch mancherlei Schäden verursacht wird. Dabei haben die verhältnismäßig kurzen Fristen für den Arbeitnehmer, soweit sie sich auf Geltendmachung von Forderungen an den Arbeitgeber beziehen, häufig ihren berechtigten Grund. Denn dem Arbeiter kommt es meist darauf an, so rasch wie möglich zu seinem Recht und damit zu seinem Gelde zu kommen. Besonders gilt dies für den gegen eine Entlassung bzw. Kündigung zu erhebender Einspruch auf Grund des § 84 des Betriebsratsgesetzes. Der Einspruch muß binnen fünf bis zehn Tagen nach dem von der Kündigung betroffenen Arbeitnehmer zu erfolgen. Der Betriebsratsgesetz mit dem Arbeitgeber, welcher nun innerhalb einer Woche anerkennen werden soll, gilt selbstverständlich auch dann für geheimer, wenn der Arbeitgeber jede Verhandlung verweigert. Nun ist innerhalb fünf Tagen die Lage beim Arbeitsgericht einzureichen. Nach der Spruchpraxis der Arbeitsgerichte läuft diese fünfjährige Frist nicht beim Abschluß der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber.

Von dem nach § 82 des Betriebsratsgesetzes ebenfalls an eine fünfjährige Frist gebundenen Einspruchsbrecht bei Entlassungen wird selten Gebrauch gemacht, da in den meisten Betrieben Richtlinien über Entlassungen zwischen dem Arbeitgeber und Betriebsrat vereinbart sind. Bei der Gelegenheit sei deshalb auf den § 85 Abs. 8 hingewiesen, in dem der Arbeiter bzw. Anzeigeberechtigter die Forderung hat, soweit tarifliche Regelung nicht besteht nach Rückgabe der §§ 81 bis 83 BRS. mit dem Arbeitgeber Klärung über die Entlassung der Arbeitnehmer einer Gruppe in den Betrieb zu vereinbaren. Hierdurch könnte der in manchen Betrieben eingeführten Betriebsratschaft abgeholfen werden. Denn die „Entlassung“ oder jeder Kollege beim Streik eines Arbeitsplatzes sofort einen Betriebsrat oder Betriebsrat mit, ohne Rücksicht darauf, daß unter einem solchen Verfahren die auf dem Arbeitsvertrag beruhende Entlassung auf eine Stelle wartenden Kollegen schwer zu leiden haben. Gegen die Herabsetzung der Dauer der Arbeitslosigkeit haben wir jedenfalls mit allen Mitteln zu kämpfen. — In diesem Zusammenhang sei dem Arbeitgeber nochmals ausdrücklich empfohlen, daß der Betriebsrat kein Einspruchsrecht gegen Entlassungen innerhalb fünf Tagen, jedoch nicht später als 14 Tage nach der Entlassung geltend machen.

Für die Berechnung der Fristen gelten die §§ 187 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Gilt demnach der letzte Tag der Frist ein Sonntag oder feiertag, so tritt an dessen Stelle der nächste Werktag. In besonderen Fällen können auch die Fristen durch den Betriebsrat verlängert werden. — In diesem Zusammenhang sei dem Arbeitgeber nochmals ausdrücklich empfohlen, daß der Betriebsrat kein Einspruchsrecht gegen Entlassungen innerhalb fünf Tagen, jedoch nicht später als 14 Tage nach der Entlassung geltend machen.

Woche sind die Vorschlagslisten einzureichen. Innerhalb vierzehen Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses kann die Wahl angefochten werden.

Ferner müssen selbstverständlich alle im Tarifvertrag genannten Fristen vom Betriebsrat sorgfältig beachtet werden, zumal allgemein gesetzlich übliche Fristen, beispielsweise Verlängerung der zweijährigen Verjährungsfrist für Lohnansprüche und so weiter, abgeändert sein können.

Schließlich wollen wir noch einige wichtige Fristen aus der Unfallversicherung nennen. Für Rentenansprüche infolge Erwerbsbeschränkung durch erlittene Unfälle besteht eine Frist von zwei Jahren. Verjährt der Erwerbsbeschränkte, innerhalb dieser zweijährigen Frist seine Ansprüche geltend zu machen, so geht er seiner Rente verlustig. Machen sich allerdings die Folgen des Unfalls auf die Erwerbsfähigkeit des Versicherten erst nach dieser zweijährigen Verjährungsfrist bemerkbar, so kann er noch innerhalb dreier Monate seine Ansprüche geltend machen.

Hiermit wollen wir die wichtigsten Fristen, die vom Betriebsrat zu beachten sind, erwähnt werden. Selbstverständlich bedeuten vorstehende Ausführungen nicht etwa eine lückenlose Aufzählung aller in Frage kommenden Fristen.

Georg Raible.

Fort mit der Sondersteuer gegen Konsumvereine!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenverband zuzuschießen Heidelberg, richteten an ihre Mitglieder folgenden Aufruf:

In Namen des Volkes verkündet die gegenwärtige Reichsregierung Gehehe über ungeheure Verbrauchssteuern, Zölle, Steuern für Mineralwässer, Limonade, Tabak, Eier, nachdem Tee, Kaffee- und Mehlzölle erst kürzlich erhöht wurden. Die bisher geübliche geregelte zollfreie Gefrierfleischzufuhr, die auch den Armen der Armen, den Unterhaltungsbedürftigen, wenigstens ein einziges Mal in der Woche eine kleine Fleischmahlzeit ermöglicht, ist beseitigt.

Diese brutalen Belastungen für den Verbraucher rauben den milderbemittelten Volksschichten erneut große Teile ihrer Kaufkraft, in einer Zeit mit Millionen von Erwerbslosen, Kurarbeitern, welche nicht wissen, wie sie ihr nacktes Leben, das Leben ihrer Familie erhalten sollen. In gleicher Zeit verächtlich die gleiche Reichsregierung Hunderte von Millionen an die landwirtschaftlichen Grundbesitzer, auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler, schafft man eine Sondersteuer für die Konsumvereine, die einzigen Preisregulatoren, Bollwerk gegen den Lebensmittelpreisanstieg und die Preisinflation. Bestraft man durch ein Sondergesetz die wirksamste Selbsthilfeorganisation zur Erhaltung und Sicherung der Kaufkraft aller Werktätigen.

Wer sind diese Volksvertreter, welche die vom Volk angegründete Staatsgewalt so brutal wie nie zuvor gegen das Volk



Internationaler Glasarbeiterkongreß

Auf Beschluß des Internationalen Exekutivkomitees beruft Kollege Dolzant den nächsten internationalen Glasarbeiterkongreß zum 19. bis 23. August nach Stockholm ein. Alle drei Jahre treten Glasarbeiter zu einem internationalen Kongreß zusammen.

Die Lage in der Glasindustrie ist in allen Ländern sehr mies. Trotz aller Zollschranken ist ein wirtschaftlicher Niedergang zu finden, und noch ist kein Ende der Depression zu erwarten. Betriebsstilllegungen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit haben einen Umfang angenommen, der zu ernstem Nachdenken Veranlassung geben muß. Alle Mittel, die bisher angewandt wurden, um der Katastrophe zu begegnen, haben nicht vermocht, an dem Elend etwas zu ändern. Nicht nur die Arbeiter leiden unter diesem Zustand, auch mancher Industrielle ist aus seinem Betrieb gedrängt worden. Aber in erster Linie leiden die Arbeiter unter den Folgen, denn sie sind es, die auf den Erwerb angewiesen sind und die sich durch die Arbeit ihrer Hände ernähren müssen.

Der Kongreß wird sich mit der Rationalisierung und Konzentration in der Glasindustrie beschäftigen. Allein dieser Punkt der Tagesordnung wird eine ausgedehnte Debatte hervorrufen. Die Rationalisierung hat in den letzten Jahren in der Glasindustrie bedeutende Ausdehnung genommen. Nicht nur, daß die Maschine in der Flaschen- und Fensterglasindustrie eine völlige Umwälzung hervorgerufen hat und die Handarbeit fast völlig verdrängt, auch in den übrigen Branchen wurden teilweise Maschinen eingeführt. In der Flakonglasbranche und auch bei der Fabrikation von Glühbirnen finden wir eine völlig veränderte Produktionsform, wohl mag zur Zeit in diesen beiden Branchen die Handarbeit noch vorherrschen, aber sie wird verdrängt und ist zur Zeit bereits durch die Maschine hart bedrängt.

In allen anderen Branchen ist eine nicht zu unterschätzende Produktionssteigerung eingetreten. Jede Verbesserung, die nur irgendwie denkbar ist, wurde herausgesucht, und die Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht hat keine Produktionseinschränkung gebracht. Zu immer größerer Leistungsfähigkeit wurden die Arbeiter in allen Ländern angehalten, und der Weltmarkt ist mit Glaswaren aller Art überflutet. Immer größer wird die Arbeitslosigkeit, und unter den Arbeitslosen ist das bitterste Elend zu finden.

Die kleinen und mittleren Industriellen werden durch die Großbetriebe hart bedrängt und in ihrer Existenz gefährdet. Aber nicht nur das, sondern die Industriellen der großen Betriebe haben sich in starken Konzernen zusammengeschlossen und beherrschen den Weltmarkt. Die Absatzgebiete befinden sich in ihrer Hand. Die Glasarbeiter müssen sich in ihrer internationalen Organisation mit diesem großen Problem beschäftigen. Wir dürfen nicht zusehen, wie die Lebenshaltung der Arbeiter sich immer mehr verschlechtert, und haben den Versuch zu unternehmen, einen bestimmten Einfluß bei der Produktion und auch beim Verkauf zu gewinnen.

Ein wichtiges Problem ist die Beseitigung der Sonntagsarbeit und die Einführung der Sonntagsruhe in der mechanischen Fensterglasindustrie. Die Maschinen in der mechanischen Fensterglasindustrie sind noch nicht vollkommen. Wird der Betrieb am Sonntag stillgelegt, dann vergeht nicht nur der Sonntag ohne Arbeitsvorgang, sondern 2, 3 mitunter auch 4 Tage vergehen, ehe der Betrieb ordnungsgemäß weiter vor sich gehen kann. Die Arbeiter kommen um ihre Sonntagsruhe und trotz achtstündiger Arbeitsschicht werden 56 Stunden in der Woche gearbeitet.

Wir haben den Vierschichten-Betrieb und 8 Stunden zu fordern und müssen verlangen, daß nach jeder Arbeitsschicht eine 24stündige Ruhepause tritt, so daß die Arbeitszeit in drei hintereinander folgenden Wochen 42, in der 4. Woche 48 Stunden beträgt. Mit dieser Regelung erreichen die Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit und alle 4 Wochen eine vollkommene Sonntagsruhe. Es darf und kann von uns nicht stillschweigend geduldet werden, daß in der mechanischen Fensterglasindustrie eine längere Arbeitszeit besteht und die Sonntagsruhe fehlt.

Mit der Arbeiterschutzgesetzgebung sieht es in einzelnen Ländern noch sehr trübe aus. So können zum Beispiel in Frankreich jugendliche Arbeiter vom 13. Lebensjahr an vor dem Glasofen beschäftigt werden. Unser Einfluß beim internationalen Arbeitsamt in Genf muß größer werden, und dieser Einfluß muß die Arbeiterschutzgesetzgebung vorwärtsdrängen.

Lebhaft ist es zu begrüßen, daß der Kongreß sich mit der Frage der Berufskrankheiten beschäftigen wird. Die beiden in Deutschland bestehenden Verordnungen sind unzureichend, und leider läßt die Rechtsprechung zu wünschen übrig. Ausgedehnt muß die Verordnung auf die Lungen-

tuberkulose werden. Es ist ein bitteres Unrecht, daß die an dieser Krankheit leidenden Glasmacher und Schleifer nicht als Berufserkrankte betrachtet und durch die Unfallversicherung entschädigt werden. Dabei verkennen wir durchaus nicht, daß für die am grauen Star erkrankten Glasmacher in Deutschland Vorsorge getroffen ist und beim Auftreten des Glasmachersstars die Kollegen eine Unterstützung erhalten. Mit diesem großen Problem hat sich der internationale Aerzte-Kongreß in Lyon beschäftigt, und wir wollen hoffen, daß die dort erörterten Probleme in allen Ländern zur Lösung gebracht werden. Die deutsche Delegation, die nach Stockholm als Vertretung der deutschen Glasarbeiter geht, muß den Kollegen der übrigen Länder den Weg in der Frage des Arbeiterschutzes weisen. Dabei heben wir ausdrücklich hervor, daß auch bei uns der Arbeiterschutz noch sehr im argen liegt. Allerdings halten wir uns für verpflichtet, eingetretene Verbesserungen klarzustellen, damit andere Länder vorwärtsgetrieben werden.

Die Frage der Tarifverträge hat der Kongreß kurz zu streifen. In welchem knapp zu haltenden Referat muß gesagt werden, von welcher großer Bedeutung der Kollektivvertrag ist und wie diese Verträge gebessert werden können. Würden die Industriellen die große Bedeutung unserer internationalen Verbindungen und unserer internationalen Kongresse erkennen, mancher unhaltbare Zustand würde beseitigt sein. Die Klagen der Industriellen wollen nie verstummen, daß in anderen Ländern die Löhne immer schlechter sein sollen. Bei jeder Lohnverhandlung, die wir z. B. in Deutschland führen, weisen die Industriellen daraufhin, daß die Löhne in allen Ländern geringer sein sollen, und wir sind überzeugt, daß auch in den anderen Ländern der gleiche Einwand erhoben wird. Die Industriellen sollen sich verpflichten, im eigenen Land gleiche Tarifverträge zu schaffen und diese Verträge auch den Industriellen anderer Länder zugänglich zu machen. Die Geheimniskrämerie bringt keinem Land irgendeinen Vorteil. Die Konkurrenz läßt sich mit niedrigen Löhnen nicht aus dem Felde schlagen. Fast in allen Fällen steht das Land und der Betrieb an sicherster Stelle, in dem die höchsten Löhne gezahlt werden und die besten Betriebseinrichtungen vorhanden sind.

Die Verschmelzungsfrage wird in Stockholm besprochen werden müssen. Offen sprechen wir aus, daß dies Problem auf internationalem Gebiet noch mit größerer Vorsicht behandelt werden muß, als auf nationalem Boden. Wir haben im Fabrikarbeiterverband durch den Keramischen Bund einen starken Stützpunkt gefunden. Denken wir aber zurück, wie lange Jahre ins Land gingen, ehe die Verschmelzungsfrage gelöst wurde. Wollen wir aber auf internationalem Gebiet diese Frage lösen und vielleicht eine Internationale der Fabrikarbeiter schaffen, wir würden sehr, sehr viel zerschlagen, und ich bin überzeugt, unsere bisherigen Bemühungen auf internationalem Gebiet würden zerstört sein. Solange die Vorbedingungen nicht geschaffen sind, das heißt, solange die dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder nicht in ihrem eigenen Land den Zusammenschluß vollzogen haben, ist ein internationaler Zusammenschluß der Glas- und Keramiker eine Utopie. Entschieden welse ich zurück, daß ich mit meiner Anschauung einen rückschrittlichen Geist verrete. Ach nein, das Mißtrauen ist gerade auf internationalem Gebiet sehr groß, und deshalb ist dreifache Vorsicht am Platz. Gewiß sind in einigen Ländern diese Fragen national geklärt, aber in der Mehrheit will man von einem Zusammenschluß nichts wissen. Wir haben uns sicher alle gefreut, als die Flint Glas Worker in Amerika den Anschluß an unser Internationales Sekretariat vollzogen haben. Zeigen wir den Amerikanern unsere neuen Ideen mit der Fabrikarbeiterinternationale, dann ist der Austritt wieder zu erwarten. Die Internationale der Glasarbeiter ist an der Arbeit und beschäftigt sich mit den verschiedensten Fragen. Diese Arbeit wollen wir nicht stören. Mißmut und Ungunst muß fallen.

Bedeutende Fragen für die Glasarbeiter aller Länder sollen in Stockholm geklärt werden. Der aufrichtige Wille ist bei den Kollegen vorhanden, und so werden die Auseinandersetzungen im Geiste brüderlicher Solidarität gepflegt werden. Wir wissen, daß die Beschlüsse von Stockholm Wegweiser und Richtung für uns sein werden.

Es kann die Frage erörtert werden, warum wir Stockholm als Tagungsort wählten, denn die Entfernung ist groß, und Schweden hat keine große Glasindustrie, so daß sehr wohl ein anderer Ort hätte gewählt werden können. Wir haben dem gegenüber zu halten, daß es der Wunsch unserer Kollegen von Dänemark, Schweden und Norwegen war, einmal einen Kongreß in einem der genannten Länder abzuhalten. Dem Verlangen ist entsprochen und damit ein langgehegter Wunsch vollzogen worden. Girbig.

Erneut beim Schwindeln erkappt!

Daß die sog. Opposition bei der Berichterstattung in ihren Zeitungen es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, ist kein Geheimnis mehr. Es ist auch kein Geheimnis, daß man die Vorkämpfer von Berichtigungen ablehnt oder solche vollkommen nur entfällt wie Serpigt.

Ausnahmsweise müssen wir uns deshalb in unserer Fachzeitung mit einer Abhandlung und in den Oppositionsblättern unter dem Titel "Glasarbeiter sollen betrogen werden", beschäftigen. Der Artikel, dessen Verfasser wahrheitslieblich der berufstätige Steffen, sog. Reichsleiter der Opposition, der chemischen und keramischen Industrie, ist, strotzt geradezu von Unwahrheiten, so daß selbst Oppositionelle nach erfolgter Aufklärung sich von dieser Schreibweise abwenden müssen. Den Verfassern solcher Artikel kommt es ja nicht auf die geistige Qualität, sondern auf die Quantität, den Schmutz fälschlicherweise zu verteilen, an. Durch offensichtliche Lügen soll die Einigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gelöst werden, ja man ist streupellose, die Arbeiterschaft dem Unternehmertum durch weitere Zersplitterung in den jetzt wirklich ernstlichen Zeiten auszuliefern.

Um als getreuer Vasall in Moskau angesehen zu sein, und um die unmöglichen Parolen durchzuführen, schreibt man Artikel mit faulstichigen Lügen. Am Eingang des merkwürdigen Konglomerats wird geschrieben: "Die Lohnsätze der Weichholglasindustrie sind seit Dezember schon auslöschbar. Die Reformisten und Bonzen haben die Kündigung heraufbeschworen; endlich nach viermonatiger Sabotage bequemt man sich durch den Druck aus den Betrieben zur Stellungnahme."

Dem Herrn Reichsleiter der Opposition ist bei seiner Einleitung gleich ein fataler Schnitzer passiert, der nicht erfolgen konnte, wenn er sich der Mühe unterzogen hätte, eine Nachprüfung der gedruckten Vorlesungen vorzunehmen. Er hätte dann gefunden, daß die Lohnsätze unterschiedlich, frühestens aber zum 30. Juni bis 31. August 1930 laut Schieds-

spruch oder Vereinbarung, kündbar sind. Es darf unsererseits festgestellt werden, daß die Branchenleitung die Lohnkommission der Gruppen genau wie in anderen Jahren rechtzeitig zur Stellungnahme zur Tarifaufkündigung eingeladen hat.

Die wirtschaftlichen und tarifpolitischen Ausführungen der Angelegten auf der Leipziger Konferenz sind durch Verdrehungen geradezu auf den Kopf gestellt. Es ist zwecklos, auf diese Verdrehungen näher hier einzugehen, weil wir wissen, daß unsere Glasarbeiterkollegen jeden Angelegten so gut kennen, und daß sie selbst beurteilen können, daß offensichtlicher Schwindeln durch die Abhandlungen in den sog. oppositionellen Blättern ihnen offeriert worden ist.

Tragisch ist es aber, wenn der Verfasser nicht einmal den Mut aufbringt, für seine Unwahrheiten selbst einzutreten. Er verbirgt sich hinter ein Oppositionsmitglied der Tarifkommission in der Gruppe IV. In dieser Gruppe gehört der Kollege W. Stellmacher, Bischofswerda, der Opposition sowie der Tarifkommission an. In einer am Sonntag, dem 17. Mai, in Dresden stattgefundenen Gruppenkonferenz der Gruppe IV der Weichholglasindustrie hat Kollege St. unaufgefordert die Erklärung abgegeben, daß er sich mit dem Inhalt der Artikel nicht identifizieren kann, da alle Angaben der Wahrheit nicht entsprechen; er bedauere außerordentlich, daß sich der Berichterstatter seines Namens bedienen will. Er muß solche offensichtliche Feigheit verwirren, und es wird nachgefordert werden, wer unrechtmäßig seine bisherige Mitgliedschaft zur Opposition mißbraucht. Er bedauere ganz außerordentlich, daß durch solche Manipulation die Arbeiter zersplittert werden sollen, der lachende Dritte das Unternehmertum aber sei. Die nachstehende Erklärung wurde in der Gruppenkonferenz handschriftlich von allen Tarifkommissionsmitgliedern einschließlich des Kollegen Stellmacher unterzeichnet:

"Die Mitglieder der Tarifkommission der Gruppe IV einschließlich der Gauleitung erklären zu dem Bericht der Arbeiterstimme Nr. 103 vom 5. Mai 1930:

Wir erklären, keinen Bericht an die "Arbeiterstimme" gegeben zu haben, und daß die dort gemachten Angaben nicht der Wahrheit entsprechen.

ges.: Max Erler; Paul Knöfel; Berthold Schädlich; Rudolf Fering; Willi Stellmacher."

Durch diese Erklärung ergibt sich ohne weiteres, daß sich der Reichsleiter Steffen mit seinem Berichterstatter selbst in Kreisen seiner Anhänger unmöglich gemacht hat. Das Erziehungswort "Lügen haben kurze Beine" bewahrheitet sich sehr schnell. M. K.

Benzig.

Zum 30. Juni d. J. kommen die meisten Lohnverträge in der Weichholglasindustrie zum Ablauf. Das Unternehmertum hat sie durch den Schiedsverband Deutscher Glasfabriken aufgekündigt. Werfen wir unseren Blick auf das letztvergangene Jahr, so muß festgestellt werden, daß es sich bei den vielen betrieblichen Differenzen in den meisten Fällen um Herabsetzung der Stücklohnsätze handelte. Es hatte den Anschein, als wenn man die im vorigen Jahr durch Schiedsgericht erfolgte 5proz. Zulage für die Zeitlohnarbeiter durch Senkung der Akkordstücklöhne wieder weitmachen wollte. Ueber 20 Streitfälle, wo Differenzen bei Akkordstücklohnsätzen entstanden waren, mußten vor dem tariflichen Schiedsgericht ausgetragen werden. Es sind das fast immer dieselben Firmen, die in dieser Hinsicht mit ihren Arbeitern nicht in Frieden leben können. Ist man mit einer Gruppe von Arbeitern fertig, so geht es mit der anderen los. Ein solcher Betrieb ist das Glashüttenwerk Phönix mit seinem Direktor Meißner. Dieser Mann hat das von seinem Vater Ererbte zu verwalten. Der Lohnsatz ist in diesem Betrieb fast chronisch geworden. Ein solches Gebaren wird einmal dem zum Verhängnis werden, der es ständig zeigt. Wie will der Glasmacher seine Gesundheit durch kräftige Nahrung erhalten, wenn ihm ständig sein Lohn reduziert wird. Bei den Hohlglasblechern ging es los, es folgten die Bleifrittschleifer, die Schalen- und Heberfangmacher, die Linsenmacher, und nun sollen die Weiglasmacher und wiederum die Weifrittschleifer an die Reihe kommen. Bei den Weiglasmachern sind es bei vielen Sorten 30 Proz., bei den Kristallschleifern 14 Proz., die an den Lohnsätzen bei Ablauf des Lohnvertrages wieder abgerissen werden sollen. Herr Meißner behient sich dabei besonderer arbeiterfeindlicher Methoden. Es werden einige Kollegen gekündigt, diese bleiben außerhalb des Betriebes, bis sie in der Arbeitslosenunterstützung ausgeleert sind, dann glaubt man die betreffenden als Geißel benutzten Kollegen würde gemacht zu haben. Wenn infolge so mancher Schikane ein Glasmacher selbst kündigen will, so wird ihm erklärt: "Kündigen können Sie, aber Arbeit erhalten Sie nirgends." Solche und viele andere Schikane sind an der Tagesordnung. Es wird aber auch einmal die Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft mit solchen Schikanen abrechnen wird. Die Firma Phönix wird, sobald sie wieder mehr Weiglasmacher benötigt, sich auch nach außerhalb wenden, um Leute zu engagieren, so wird hiermit darauf hingewiesen, daß es hier genug Leute gibt, die diese Stellen besetzen können. Darum raten wir auswärtigen Kollegen, falls sie einmal die Absicht haben sollten, als Weiglasmacher Arbeit hier annehmen zu wollen, sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu informieren, damit sie vor Schanden und Schikanen bewahrt bleiben.

Cöpenick.

Die Firma Glasfabrik Marienhütte-Cöpenick ist bekanntlich Außenleiter des Schiedsverbandes Deutscher Glasfabriken. Sie ist dem Tarifvertrag der Weichholglasindustrie unterstellt, da der Mantelvertrag bekanntlich für allgemeinverbindlich erklärt worden ist.

Dem Betriebsrat gegenüber behauptet die Firma, daß sie seit 2 Jahren mit Unterbilanz arbeite, da die gezahlten Löhne im Verhältnis zur Konkurrenz der Gr. II und des Bayerischen Waldes zu hoch liegen. Um die Unterbilanz zu mildern, soll eine allgemeine Lohnreduzierung eintreten, sonst müßte Stilllegung des Betriebes erfolgen.

Der Betriebsrat hat bei diesen, die tatsächlich im Preise wesentlich höher liegen als in Konkurrenzbetrieben, zu erkennen gegeben, Unterhandlungen wegen Preisregulierung zu führen. Die Unterhandlungen müssen sich jedoch in der Form bewegen, daß eventuell schlechte Sorten im Preis aufgebessert werden. Für Zeitlohnarbeiter sei, wenn auch der Lohn höher ist als in den Gruppen der deutschen Weichholglasindustrie, über eine Lohnreduktion zu verhandeln, da die wirtschaftlichen Verhältnisse Groß-Berlins diesen höheren Lohn bedingen. Mit den hinzugezogenen Organisationsvertretern konnte ebenfalls Einigung nicht erzielt werden. Um eine Stilllegung zu verhindern, hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einen Spruch gefällt, der fast der einstimmigen Ablehnung der Belegschaft verfiel. Unter Ausschaltung aller Rechtsgrundlagen hat die Firma den Lohn, wie im Schiedsgericht festgelegt, zur Auszahlung gebracht, ohne die Kündigung des Einzelarbeitsvertrages oder des Lohnverhältnisses anzusprechen. Bei den zu erwartenden Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht Groß-Berlin dürfte der Firma gezeigt werden, daß wir heute nicht mehr in Zeiten leben, wo nur durch einseitige Handlung und Herauskehren des Herrenstandpunktes dem Arbeiter der Lohn zugetrieben wird. Man wird sich wohl oder übel mit der Organisation zu verständigen haben. Die Verständigung kann nur so erfolgen, daß der Arbeiter oder die Arbeiterin wirtschaftlich unter keinen Umständen geschädigt werden.

Demitz.

Die Firma Greiner & Co., Glashüttenwerke G. m. b. H. in Demitz i. Sa., legte vor 4 Wochen ihren Betrieb still. Als Grund wurde Auftragsmangel usw. angegeben. Jetzt will die Firma den Betrieb wieder aufnehmen, wenn die Glasmacher bereit sind, 50 Proz. und mehr billiger zu arbeiten als es bisher der Fall war. Daß die Kollegen unter solchen Bedingungen die Arbeit nicht annehmen können, liegt klar auf der Hand. Die Firma reist nun von einem Arbeitsamt zum andern und versucht durch die Vermittlung der Arbeitsämter Glasmacher zu bekommen.

Wir möchten alle Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie unter keinen Umständen sich dazu hergeben dürfen, in Demitz in Arbeit zu treten. Die Firma Greiner & Co., Glashüttenwerke G. m. b. H., in Demitz i. Sa., muß von allen Arbeiterinnen und Arbeitern gemieden werden.

Die Gauleitung: Max Erler.

Belgien.

Die Mitglieder des Fensterglasverbandes in Belgien beschließen einstimmig, die Stilllegung sämtlicher mechanischer Fensterglasfabriken mit Wirkung ab 1. Juni 1930 auf unbestimmte Zeit. Von diesem Beschluß sind lediglich drei Werke ausgeschlossen, und zwar die S. A. des Verrieres de Gilly, die S. A. Verrieres de Mariemond und die S. A. des Verrieres mécaniques de Obelinsart.



Rauchverbütung bei Porzellanbrennöfen.

Die Rauchverbütungs- bzw. Rauchverbütungstechniken der neueren Zeit sind zwar vielfach schon hochausgebildet, aber meist nur für bestimmte Industrien und Betriebe; eine Rauchverbütungs- und -abfuhranlage, die für sämtliche Industrien gleichmäßig wirksam ist, gibt es leider noch nicht. Möglich, daß dieses ideale Ziel einmal erreicht wird, denn der Fortschritt in der Technik wird nicht eher damit ruhen. Die in der Porzellanindustrie üblichen Kamböfen bilden durch die während der Garbrandperiode notwendige reduzierende Brennweise eine erhebliche Rauchbelastigung für die Nachbarschaft solcher Betriebe. Infolge der ungenügenden Luftzufuhr beim Verbrennen, die die Umwandlung der die Porzellaumasse gelb färbenden Metalloxyde in farblose Oxyduls bewirkt, entweichen neben den Kohlenoxydgasden Schornsteinen unverbrannte Kohlenwasserstoffe in erheblicher Menge, die dann bei Abkühlung feine verteilten Kohlenstoff und Teer abcheiden und in weitem Umfange verbreiten. Man hat deshalb auf die verschiedenste Weise diesem Uebelstande abzuwehren versucht. Theoretisch erscheint diese Aufgabe nicht allzu schwer, weil ein ständiger Kohlenoxydüberschuß von 2 bis 1 Proz. in der Rauchgasatmosphäre bereits zur Durchführung der Reduktion genügt und diese geringe Menge durch nachträgliche Zuführung von unterhalb der Ofensole vorgewärmter Verbrennungsluft bei der hohen Abzugstemperatur der Verbrennungsgase, die ja meist noch als sogenannter Fuchs brennend aus dem Schornstein schlagen, mit Leichtigkeit in Schornsteinen zu Kohlenäure verbrannt werden kann. Praktisch treten jedoch die mannigfaltigsten Schwierigkeiten auf. Zunächst wird meist trotz des damit verbundenen Mehrverbrauchs an Kohlen mit einem Met.-Gehalt von fünf bis zehn Prozent gearbeitet, wenn eine dauernde Kontrolle der Rauchgase überhaupt erfolgt. Beim Fuchsen steigt der Met.-Gehalt dann oft auf fünfzehn Prozent an. Durch diese schwankende Zusammensetzung der Rauchgase wird eine dauernde Regelung der Zuführungsluft notwendig, die wiederum von der Aufmerksamkeit des Bedienungs-personnals abhängig ist. Abgesehen von dieser Schwierigkeit, die bei mangelnder Aufmerksamkeit des Brenners leicht infolge ungünstiger Weinträchtigung der Zugstärke zu Brennschlieren im Garbrandraum und zu schwerem Ausfall des Glühgutes führen kann, ist eine solche Rauchverbütungsanlage bei nachträglichem Einbau wegen der meist notwendigen Erhöhung und Erweiterung des Schornsteines nicht billig, und bringt, da Brennstoff dadurch nicht erspart wird, zudem keine wirtschaftlichen Vorteile. Auch andere Rauchverbütungsanlagen haben das eigentliche Problem, das für die Porzellanindustrie so immens wichtig ist, noch nicht erschöpfend gelöst. Die mechanische Abführung des Rauches in eine Rauchkammer ist zu unwirtschaftlich, um empfohlen zu werden. Der Versuch einer Porzellanfabrik, die abgelagerten Rauchgase nach Abcheidung der Kohlenstaubteile in Öl zur Beheizung der Arbeitsräume zu verwenden, ist daran gescheitert, daß dadurch Kohlenoxydgase in die Arbeitsräume gebracht wurden. Am allgemeinsten ist festzustellen, daß man vom Versuch der nachträglichen Rauchverbütung wegen seiner Unwirtschaftlichkeit immer mehr abstammt und wieder zu zweckmäßiger Ausbildung der Feuerung zurückkehrt, um damit die Rauchbildung zu verhindern. Am einfachsten ist die raucharme Brennweise, bei der Generatorgasheizung durchzuführen. Neben kleineren Versuchsmuffelöfen sind in Deutschland einige große gasgeheizte Ringlammeröfen für Porzellanbrand in Betrieb, wie z. B. einer neben zwei Kamböfen in der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Charlottenburg. Der modernste Porzellanofen für Gasheizung ist der sogenannte Tunnelofen, von welchem Typ von der keramischen Industriebedarfs-Affinegesellschaft in Dresden bereits fünf zum Brennen von technischem Porzellan und fünfzehn zum Brennen von Gebrauch- und Luxusporzellan in In- und Auslande errichtet worden sind. Solche Tunnelöfen, die bei völliger Ausnützung des Brennraumes mit Leichtigkeit ohne die geringste Rauchentwicklung im Betriebe gehalten werden können, haben leider ein beschränktes Anwendungsfeld, weil sie eine Mindestproduktion von 300 bis 400 cbm Brennraum pro Woche zur Voraussetzung haben und weil eine solche Anlage, bestehend aus einem kleinen Glühofen und einem

Glühofen mit dazu gehörender Generatoranlage ungefähr 250 000 bis 280 000 RM an Anlagekosten erfordert. Unter diesen Umständen ist es klar, daß ein solcher Tunnelofen von kleineren Betrieben kaum benutzt werden kann. Für Kamböfen ist wohl nur auf dem Wege einer systematischen Weiterentwicklung der Feuerungen ein wirklicher Erfolg zu erzielen, weil ein solcher neben der Rauchverbütung auch eine wesentliche Ersparnis an Brennstoff mit sich bringen muß, wenn er das zur Abwendung unbedingt notwendige Interesse der Unternehmer erwecken soll. Die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Staatlichen Porzellanmanufaktur zu Charlottenburg eingerichtete Feuerung der Kamböfen ist dort mit unwesentlichen Änderungen noch im Betriebe. Daß diese mitten in der Großstadt liegende Anlage sich so wenig durch Rauchentwicklung bemerkbar macht, ist ein Beweis für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Für die Ausbildung einer zweckmäßig rauchverbütenden Kamböfenfeuerung ist nach Ansicht des Gewerbe-rats Gutmann-Jost folgendes zu fordern: Durch kontinuierliches und äußerst sparsames Einbringen der Kohle in die Feuerung, muß sich eine gleichmäßige und leicht zu regulierende Verbrennung ermöglichen lassen, mit der ganz nach Wunsch entweber eine Rauchgasatmosphäre mit geringem, gerade zu reichendem Met.-Überschuß von etwa 2 1/2 Proz. erzeugt werden kann, aber auch eine oxydierende, die nur CO₂ enthält. Diese Forderungen lassen sich erfüllen erstens durch die richtige Wahl des Brennstoffes (Braunkohlenbriketts oder Steinkohlengrus, der vorher in einer Entgasungszone verkokt werden muß, statt der trotz bester Sortierung doch oft ungleichmäßigen Stücksteinkohle), zweitens mechanische, leicht regulierbare Feuerung, drittens einfach zu bedienende und nur in den unbedingt notwendigen Grenzen verstellbare Zugregelung, viertens mechanische, jede Beeinträchtigung des Brennbettes vermeidende und die Luftzufuhr nicht beeinflussende Entschlackung. Eine gleichmäßige Beschickung der Feuerungen von Hand, etwa in der Weise, daß bei einem Ofen mit zehn Feuerungen alle drei Minuten eine Feuerung in regelmäßigem Turnus bedient wird, z. B. 1, 3, 5, 7, 9 und darauf 2, 4, 6, 8, 10, würde denselben Zweck erfüllen und bei gleichmäßigem Brande und geringer Rauchentwicklung gleichzeitig viel Brennstoff ersparen. Da aber eine solche Arbeitsweise dem Bedienungs-personnel schwer zuzumuten ist, empfiehlt sich doch immer noch als zweckmäßig die mechanische Feuerung. In der Weiterentwicklung dieser kontinuierlichen brennstoffsparenden Kamböfenfeuerungen bis zu solcher Vollkommenheit, daß ihre Nichtanwendung technische und wirtschaftliche Rückständigkeit bedeuten würde, liegt ein Weg zum rauchlosen Brennofenbetrieb der Kamböfen. Eine Reinigung der Rauchgase von Ruß, Teer und flüchtigen Stoffen durch die elektrische Niedererschlagung durch hochgespannten Gleichstrom mit einem Verfahren erzielen, wie es Burgi-Apparatbau G. m. b. H. in Frankfurt a. M. und die Siemens-Schuckertwerke ausgeübt haben. Hierbei läßt sich der aus den Rauchgasen ausgeschiedene Kohlenstoff restlos zurückgewinnen und wieder den Feuerungen zuführen. Der Betrieb einer solchen Anlage ist wegen des verhältnismäßig geringen Stromverbrauches billig, nur sind die Anschaffungskosten noch recht erheblich. Dieselben stellen sich für eine Anlage für etwa 30 000 RM Rauchgas in 24 Stunden auf rund 27 000 RM. Das Verfahren beruht darauf, daß die Staubteilchen durch den aus einer Kleinfächigen, gitterförmigen Sprühelektrode austretenden hochgespannten Gleichstrom von 30 000 Volt elektrisch aufgeladen und infolgedessen von einer meist röhrenförmigen Niedererschlag-elektrode, die ebenso wie die Sprühelektrode parallel der Stromrichtungsrichtung der Gase angeordnet ist, angezogen werden und sich dort abheben. Von der Niedererschlag-elektrode fallen die Staubteilchen entweder von selbst ab oder unter der Wirkung einer Schüttelvorrichtung in eine Sammelkammer. In einer Verbilligung der Anlagekosten der elektrischen Staubfilteranlagen, die bei sparsamem Betriebe eine Zurückgewinnung und Wiederverwertung des sonst für die Anwohner belästigenden und der Volkswirtschaft verlorengehenden Rußes ermöglichen, liegt für die Zukunft vielleicht der zweite Weg zum Ziele.

Staublungenerkrankungen der Porzellanarbeiter.

Am 1. Februar 1929 ist die Verordnung in Kraft getreten, daß die Staublungenerkrankung bei Porzellanarbeitern unter die entschuldigungsverpflichteten Berufskrankheiten fällt. Die Töpferberufsgenossenschaft gibt in ihrem Jahresbericht für 1929 eine Uebersicht, wieviel Staublungenerkrankungen bei der Töpferberufsgenossenschaft bis 31. Dezember 1929 angemeldet, und wieviele von den Müttern schon durchgeführt, also abgeschlossen sind.

Im ganzen meldet die Töpferberufsgenossenschaft 54 Staublungenerkrankungen aus der Porzellanindustrie im Berichtsjahr 1929. (Die Steingutindustrie fällt bekanntlich noch nicht unter die Verordnung.) Als schwere Staublungenerkrankung im Sinne der Verordnung wurden 2 Fälle anerkannt und mit Rente bedacht. Die wegen schwerer Staublungenerkrankung erstmalig zur Entschädigung gelangten Fälle betrafen: 12 Dreher, 4 Brenner, 1 Puffermann, 1 Garniererin, 1 Stanger, 1 Maschinenweller, 1 Wieserin. Bis heute sind 600 Fälle angemeldet, davon sind 100 anerkannt und 30 abgewiesen, die anderen laufen noch.

Zum Abschluß sind also von den angemeldeten Fällen bis jetzt wenige gekommen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Materie an sich neu ist und alle in Frage kommenden Instanzen sich erst hinarbeiten müssen. Und dann darf man sich nicht vorstellen, daß es sich um einfache Fälle handelt, die bei denen sich außerordentlich viel Schwierigkeiten aus Klagen notwendig machen. Beim Reichsversicherungsamt ist speziell für die Staublungenerkrankung ein besonderer Senat gebildet worden, der nun alle Fälle wegen Staublungenerkrankung aus anderen Industriezweigen (Bergarbeiter, Metallarbeiter, Steinarbeiter) behandelt.

Ueber Maßnahmen zur Verhütung dieser Berufskrankheit schreibt die Töpferberufsgenossenschaft in ihrem Bericht folgendes:

Maßnahmen zur Verhütung dieser Berufskrankheit zu treffen, bietet insofern Schwierigkeiten, als diese Krankheit zu ihrem Entstehen eines längeren Zeitraumes, bis zu 20 und 30 Jahren bedarf. Inwiefern man aus der Tatsache, daß aus einem Porzellanbetriebe schwere Staublungenerkrankungen gemeldet sind, ersehen werden, selbst wenn die Erkrankten ausschließlich in diesen Betrieben tätig gewesen sind, keineswegs auf eine verkehrsabhängige Betriebsanlage geschlossen werden kann, wird häufig die Entstehung der Krankheit auf längst nicht mehr bestehende Arbeitsbedingungen und Einrichtungen zurückzuführen sein, wobei ferner auch die Wohnungsverhältnisse und die Art der Lebensführung auf die Entstehung und Entwicklung der Staublungenerkrankung nicht ohne Einfluß sein dürfen. Es

um sich ein Bild darüber zu machen, welche Arbeitergruppen besonders staublungengefährdet sind, reicht das bisherige Material nicht aus, wenn auch aus der Kenntnis der Tatsache, daß schwere Staublungen (Silikosen) einzig und allein durch Quarzstaub hervorgerufen werden können, allgemein wohl nur bei bestimmten Arbeitergruppen mit dem Auftreten von schweren Staublungen zu rechnen ist.

Als Verhütungsmaßnahmen kämen in Betracht: Entstaubungsanlagen an allen Stellen, an denen quarzhaltiger Staub entstehen kann; Tägliches Reinigen der Fußböden auf feuchtem Wege oder durch Abjagen; Enttarnung aller Personen mit offener Tuberkulose; Periodische ärztliche Untersuchung aller staubgefährdeten Personen.

Bestimmte Vorkehrungen — ganz abgesehen von den nicht zu unterschätzenden Kosten — bereitet die Durchführung der Maßnahmen im allgemeinen nur in den Drehereien. Jedoch sind diese Schwierigkeiten erheblich, wenn, wie es in vielen Betrieben bereits der Fall ist, eine Arbeitsteilung in der Dreherei vorgekommen wird, daß das Verputzen der Zeller nicht mehr von den Drehern, sondern von besonderen Personen an besonderen mit Abjagvorrichtung versehenen Arbeitsplätzen vorzunehmen wird. Eine Reihe von Betrieben hat bereits aus sich heraus zur Vermeidung der Staublungengefahr verhältnismäßig Entstaubungsanlagen insbesondere an Rührstellen geschaffen.

Der Ansicht, daß die Entstehung der Krankheit auf längst nicht mehr bestehende Arbeitsbedingungen und Einrichtungen zurückzuführen sei, können wir uns nicht anschließen. So grundlegend haben sich die Arbeitsbedingungen und Einrichtungen nicht geändert, wenigstens allgemein betrachtet nicht. Es sind doch nur wenige, gut geleitete Betriebe, die Abjagvorrichtungen in Drehereien und Puffereien haben, und trotzdem ist auch dort die Staubgefahr immer noch eine große. Gar nicht zu reden von den Betrieben, wo sich seit Jahrzehnten recht wenig an den Einrichtungen geändert hat.

Zu bemängeln ist, daß die Staublungenerkrankung erst entschuldigungsverpflichtig ist, wenn eine „schwere“ Staublungenerkrankung vorliegt. Wir haben in den letzten Monaten erlebt, daß Personen, denen die Rente zugesprochen war, nach einigen Wochen oder ein paar Monaten gestorben sind. Wenn das Wort „schwere“ Staublungenerkrankung so ausgelegt wird, daß ein Arbeiter schon kurz vor seinem Tode stirbt und dann erst die

Rente zugesprochen erhält, dann hat die Verordnung wenig Wert und ihren Zweck verfehlt. Wir müssen fordern, daß ein Arbeiter mit Staublungenerkrankung aus dem Betriebe herauskommt und Rente zugesprochen erhält, so daß er auch noch ein paar Jahre leben kann.

Dann müssen wir fordern, daß auch die Steingutarbeiter und -arbeiterinnen unter die Verordnung aufgenommen werden. Es ist nicht zu vertreten und nicht zu verantworten, wenn man Porzellanproduktion von Steingutproduktion trennt. Beide Produktionsgruppen haben die gleiche Staubgefahr, aber auch ohne jeden Unterschied. Dann findet ein Wechsel der Arbeiter in den Betrieben statt.

Ein Dreher, der ein Menschenalter in einer Porzellanfabrik gearbeitet hat und in eine andere Steingutfabrik kommt und an Staublungenerkrankung erkrankt, bekommt keine Rente. Das ist eine Ungerechtigkeit, die die Töpferberufsgenossenschaft mit uns zusammen beseitigen resp. gar nicht erst hätte zulassen sollen. Unsere vornehmste Aufgabe für die Zukunft wird sein, dafür zu sorgen, daß auch den Steingutarbeitern die Verordnung zugute kommt. Wir hoffen dabei, die Töpferberufsgenossenschaft an unserer Seite zu finden.

Greiblicher Streit noch nicht beendet.

Wir hatten bereits berichtet, daß aus der Galerie schöner Männer noch keiner so hochfantiemig geflogen ist, als der zuletzt bei den Porzellanfabriken Greiblich beschäftigt gewesene Betriebsleiter Johannes Flehmig. Sein Vorgänger, Herr Wörth, wurde von ihm auf die Seite gedrängt, obwohl dieser Herr auch glaubte, seine Leiter in den Himmel hinaufbauen zu können. Uns wundert nur manchmal bei diesen angeblichen Nachkommen ihre Kurzsichtigkeit. Die Arbeiterchaft von Greiblich hat auch diesem Glas keine Träne nachzuweinen. Hat er es doch verstanden, im Solde des Kapitalismus mitunter recht sonderbare Ansprüche zu stellen. Ganz besonders entpuppte er sich als Helfershelfer für die Firma vor dem Arbeitsgericht. Es war manchmal erstaunlich, wieviel das Erinnernsvermögen dieses Herrn zurückreichte, dort, wo es zugunsten der Firma notwendig war und wie schwach das Gedächtnis dann war, wenn es sich darum drehte, den wahren Sachverhalt zugunsten eines Arbeiters darzulegen. Wie schon gesagt, es hat alles nichts genützt. Die Himmelsleiter hatte plötzlich ein Ende.

Nunmehr versucht dieser Herr, nachdem er außerhalb des Betriebes steht, bei der Arbeiterchaft den Glauben zu erwecken, daß er nicht der sei, für den er gehalten wird. Die Arbeiterchaft weiß jedoch derartige Wölfe im Schafspelz richtig zu erkennen. Sind nun diese beiden genannten Herren mit ihrem Latein zu Ende, so darf, wie üblich der dritte im Bunde nicht fehlen. Nunmehr entpuppt sich ein gewisser Herr Hans Bader, wie ich als ein getreuer Helfer der Firma. Speziell liegt es diesem Herrn scheinbar sehr am Herzen, in dem Lohnkampf der Arbeiterchaft der Firma Hausreißer (Streikbrecher) zu verpacken. April, wo die Arbeitwilligen von den Streikenden auf das höchste ihres Handelns aufmerksam gemacht werden, sprechen haben, die Arbeit nicht aufzunehmen, ist dieser Herr gleich hinterher, um durch Vorpiegelung falscher Tatsachen die Arbeitwilligen zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Er hilft sich dabei mit der Aeußerung: „Von der Verbandsleitung habt ihr nichts zu erwarten, höchstensfalls einmal eine Unterstützung und dann einen Suizid.“ Der Suizid ist in Greiblich schon öfters erfolgt, jedoch nicht von der Verbandsleitung, sondern von der Direktion. Vielleicht erhält Waderich den wohlverdienten Suizid recht bald. Er darf dann aber nicht, wie schon einmal in einer Rechtsangelegenheit, zur Verbandsleitung um Auskunft kommen. Vielleicht befinnt sich auch die Firma bei Bader, wie noch des Falles, wo ihm für eine Arbeiterin ein Vorbehalt von 5 RM ausgehandelt wurde, dieser Betrag jedoch nicht in die Hände der Arbeiterin gelangte. Ungeachtet dessen lassen sich die Streikenden auch vor derartigen Machinationen in ihrem nur zu berechtigten Kampfe nicht irritieren. Sie werden nur das eine tun und werden diese Himmelsleitertrazer und Korbeerenjäger noch besser als bisher bei Lichte besehen und ihnen bei passender Gelegenheit die nötige Antwort zuteil werden lassen. Sie werden trohaldem unbeirrt ihren Kampf führen ohne Rücksicht darauf, ob der eine oder der andere dieser Hausreißer dabei mit stolpert. Vielleicht erfährt man einmal die Höhe des Judaslohnes. Es eilt uns nicht, wir haben Zeit.

Stetit Magnesia und der englische Chemietrakt.

Wir haben seinerzeit schon darüber berichtet, daß in England, und zwar in Stourport, von den genannten deutschen Firmen in Verbindung mit dem englischen Chemietrakt, der unter Führung von Lord Melchett (Sir Mond) steht, eine elektrotechnische Porzellanfabrik errichtet worden ist. Jetzt geht die Notiz durch die Zeitung, daß vor einigen Tagen eine Anzahl keramischer und elektrotechnischer Fachleute und Vertreter der englischen und deutschen Presse das neue elektrotechnische Versuchslaboratorium besichtigt haben. Im Auftrag Lord Melchetts hat sein Vertreter Dr. Claxton eine Ansprache gehalten. Dabei hat er den deutschen Pionieren auf dem Gebiete des Isolierporzellans, deren selbstloser Mitarbeit die Entstehung der vorbildlichen Arbeit in Stourport zu verdanken sei, um die deutschen Werkmeistern und Arbeitern den Dank auszusprechen. In dem genannten Werk sind jetzt 600, meist ehemalige arbeitslose Bergleute angelernt worden und beschäftigt.

Bekanntlich ist die Beteiligung der deutschen Firmen an diesem Werk darauf zurückzuführen, daß der englische Staat bei Vornahme der Elektrifizierung die Bestimmung getroffen hatte, daß alle dazu vergebenen Reaktionsaufträge in England hergestellt werden müssen. Mit dieser Erklärung sollte besonders den Vorwürfen der deutschen Arbeiterkreise begegnet werden, daß die Verpflanzung der elektrotechnischen Porzellanindustrie nach England die Beschäftigungsmöglichkeit in Deutschland schädigen werde.

In der Notiz wird weiter erwähnt, daß die Mehrheit der Aktien in den Händen des englischen Chemietraktes sei. Der deutsche Anteil beruhe überwiegend auf den eingeschickten Maschinen und langjährigen Lizenzen.

Die deutsche Arbeiterchaft ist nicht kleinlich genug, daran Kritik zu üben, wenn in Deutschland ergründete Erfahrungen auch über die Grenzen hinaus Verwertung finden. Die deutsche Arbeiterchaft macht auch sonst nicht an den Grenzen halt, wenn es gilt zu helfen, die Lage der Arbeiterchaft anderer Länder zu verbessern. Es darf aber bei dieser Gelegenheit auch der berechtigten Wunsch ausgesprochen werden, daß von solchen internationalen Verbindungen auch für die Arbeiterchaft ein Vorteil herauskommen muß und daß man dem Internationalismus der Arbeiter keinen Vorwurf aus der Internazionalität macht, wenn man in Geschäften und im Profitmachen international denkt und handelt.



Reichskonferenz der feuerfesten Industrie.

Zum 18. Mai d. J. hatte der Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund, Delegierte aus den Betrieben der feuerfesten Industrie des Reiches zu einer Konferenz nach Frankfurt a. M. zusammenberufen. Die Konferenz sollte Stellung nehmen zu den unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen sowie zu den sich notwendig machenden Wahlen von Betriebsratsmitgliedern zum Aufsichtsrat. 76 Kollegen, darunter etwa 20 Gäste, hatten sich in Frankfurt eingefunden. Ein besonderes Gepräge bekam die Konferenz durch die Ausstellung der verschiedenartigen feuerfesten Produkte, welche der Konferenz dankenswerterweise von einigen Firmen zur Verfügung gestellt worden waren. Ein Versuch, an Hand von Anschauungsmaterial die ungeheure Mannigfaltigkeit der Produkte und auch der verschiedenartigsten Produktionsweisen zu besprechen, der im Interesse der Arbeiterschaft, aber auch in artem Umfang der Industrie liegt. Manche Mißverständnisse, die heute rein zwangsläufig zwischen Firmenleitung und Vertretung der Arbeiterschaft entstehen, könnten dann beseitigt werden.

Nach einem Willkommensakt und historischen Rückblick durch den Beauftragten der Zahlstelle Frankfurt wurde die Konferenz vom Kollegen Gläner eröffnet.

Der Kollege Adler behandelte darauf die Bedeutung der Betriebsräte in Verbindung mit den Wahlen zum Aufsichtsrat. Ausgehend von den Beschlüssen des Leipziger Gewerkschaftskongresses wurde hervorgehoben, daß es nur Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Betriebsratswahlen durchzuführen. Das Vorgehen der sogenannten Opposition — die sich überwiegend nur aus Unorganisierten zusammensetzt und auf Anweisung der Kommunistischen Partei handelt — muß daher strikte abgelehnt werden. Redner schildert in diesem Zusammenhang die Vorgänge bei den Betriebsratswahlen in diesem Jahre im Rennwert und in der Zahlstelle Eisenburg.

Weiter wurde dargestellt die Technik des Wahlvorganges zu den Aufsichtsratswahlen unter besonderer Erwähnung der verschiedenen Arten der Gesellschaftsformen und deren Zusammenfassungen. Die Ausschaltung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat durch Kommissionsbildung oder schriftliche Orientierung der einzelnen Mitglieder — unter Ausschaltung der Betriebsratsvertretermitglieder —, ebenso die Fernhaltung von der Generalversammlung, muß mit allen Mitteln unterbunden werden. Diesbezügliche Anträge, die das Gesetz eindeutiger gestalten sollen, sind vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet worden.

Die Aufgaben der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat sind sehr vielfältig und stellen an den einzelnen oft große geistige Anforderungen. Es gehört daher eine gewisse Praxis dazu, allen Anforderungen gerecht zu werden. Ein immer wiederkehrender, jährlicher Wechsel muß daher möglichst vermieden werden. Trotz aller Mängel, die der Wirksamkeit der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat noch anhaften, muß die Arbeiterschaft auch dieses Recht für sich auszuweiten suchen. Das ist aber nur im Rahmen und in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen möglich.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprach der Kollege Elner. Aus dem vorgelegten statistischen Material ergibt sich die große Mannigfaltigkeit der in großer Zahl für diese verhältnismäßig kleine Industrie vorhandenen Lohn- und Manteltarifverträge. Die Zahl von 33 Lohn- und 28 Manteltarifverträgen für eine Gesamtbetriebsratszahl von rund 17.000 — die Zahl dürfte zur Zeit noch kleiner sein — ist zu groß. So groß die Zahl der Tarife ist, so differenziert sind auch die Arbeitsbedingungen und die Löhne. Hier Wandel zu schaffen, ist vorrangige Arbeit. Das kann aber nur geschehen, wenn auch die Kollegen geistig darauf vorbereitet werden. Diese Arbeit zu leisten

ist Aufgabe der Delegierten, wenn sie zurückgehen in die Betriebe.

Als Folgewirkung dieser Vielgestaltigkeit kann man wohl, neben den Ursachen, die in der Produktionsart begründet liegen, die ungeheure Differenziertheit in der Arbeitsleistung und -preisgestaltung bezeichnen. Diese Frage war auch die Hauptfrage, die zur Einberufung der Konferenz führte. Eine einheitliche Vergleichsmöglichkeit ist nicht vorhanden. Produkte, die zwar gleich sind in der äußeren Form und Gestalt, sind wiederum verschieden in der Zusammensetzung des Materials, im Gewicht, in der Festigkeit und Verwendungsmöglichkeit; dazu kommt dann noch die unterschiedliche Produktionsweise, Hand- oder Maschinenarbeit und die verschiedenartige Benennung des Produktes.

Die Verbundenheit einiger Bezirke mit den Verbrauchsindustrien werden auch vielfach von Arbeitgeberseite benutzt, um Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen einzuführen bzw. zu halten. Nur so ist es zu verstehen, daß es heute noch Bezirke gibt, in denen die Brenner zwei Schichten arbeiten. Alles dies bedingt, daß die Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen ein Werk gegen das andere auszuspielen. Die besonderen Eigenarten, die in den meisten Fällen eine andere Preisgestaltung bedingen, werden dabei wohlweislich verschwiegen. Besonders tauchen diese Schwierigkeiten auf in den Konjunkturwerten und Stellanzern. Durch den Zusammenbruch dieser beiden Konzepte hat man Werke stillgelegt, und hat in erster Linie die hohen Lohnkosten bei den Stilllegungsverhandlungen für die Notwendigkeit der Stilllegung verantwortlich gemacht.

Vergleicht man die Höhe in den einzelnen Betrieben mit dem Organisationsverhältnis, so stellt man fest, daß überall da, wo das Organisationsverhältnis schlecht ist, auch die Tarifsätze niedriger, obwohl die Leistungen die gleichen wie in anderen Betrieben sind.

In der Diskussion wurde von allen Rednern unterstrichen, daß nur eine gute Organisation und demzufolge eine gute Tarifgestaltung Gewähr dafür bietet, daß einigermaßen annehmbare Tarifsätze festgelegt werden können. Sehr deutlich wurde unterstrichen, daß mit allen Mitteln danach gestrebt werden muß, eine Vereinheitlichung der Tarife zu erreichen. Von den einzelnen Betriebsdelegierten wurden an Hand der angefertigten Stände Preisgestaltung und Stückzahlleistung angegeben. Dabei kam zum Ausdruck, daß unterschiedliche Leistungen nur begründet sind in der produktions-technischen Einrichtung der Betriebe. Sehr bedeutungsvoll waren die Ausführungen eines Delegierten, der an Hand von Zahlen und Benennung des Stückes nachwies, daß die Leistung pro Einheit über 100 Proz. gestiegen ist, die Bezahlung pro Einheit weist aber lange nicht diese Steigerung auf, wobei immer noch die eingetretene Selbstentwertung zu berücksichtigen ist. Nichts beweist besser als diese Feststellungen, was es mit den hohen Lohnkosten, die angeblich schuld am Erliegen der Betriebe sein sollen, auf sich hat.

An Hand der gemachten Angaben zu den einzelnen ausgefertigten Ständen wird es möglich sein, eine bessere Vergleichung der Arbeitsleistungen und -preise vorzunehmen, so daß man das Ergebnis der Konferenz dahin zusammenfassen kann, sie wird sich zum Vorteil der Kollegen in den Betrieben auswirken. Weiterhin hat die Aussprache gezeigt, daß es auf die Dauer nicht möglich ist, wirklich, örtlich oder bezirklich die Arbeitsbedingungen zum Wohle der Arbeiterschaft zu regeln. Zur Verbesserung bedarf es aber einer einheitlichen, allumfassenden Organisation der Arbeiterschaft. Wenn wir uns den Vorgängen der Konzentration unter den Betrieben der feuerfesten Industrie und sorgen wir für reifliche Organisierung der Arbeiterschaft im Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund. Mit diesen Worten wurde die Reichskonferenz geschlossen.

Ziegelbehalter haben aber ihre Rechnung ohne die organisierte Arbeiterschaft gemacht. Der Verband stütze die vom Abbau betroffenen Arbeiter. Nachdem in einer stattgefundenen Verhandlung über die von uns aufgestellten Forderungen eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde von unserer Organisation der Schlichtungsausschuß Ludwigschafen angerufen.

In der vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundenen Verhandlung mußte alles erhalten, um die Wünsche der Arbeitgeber (Lohnabbau) dem Schlichtungsausschuß geschmackvoll zu machen. Zuerst kamen die wirtschaftliche Lage und dann die Außenleiter der Arbeitgeber, die von den Gewerkschaften nicht genügend bekämpft und sogar mit Zustimmung der Gewerkschaften niedrigere Löhne bezahle wurden u. dergl. mehr, dran. Als alles dieses seine Wirkung verfehlte, fand man noch einen Grund, und zwar die Einteilung der Ortsklassen müsse anders vorgenommen werden, sie entspräche nicht mehr den Verhältnissen.

Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ging dann dahin, daß die beiderseitigen Forderungen abgelehnt wurden und der Vertrag um ein Jahr bis 31. März 1931 verlängert wurde.

In der Begründung wird gesagt:

„Die zahlreichen Abänderungsanträge der beiden Parteien bezwecken mehr oder weniger eine Lohnherabsetzung oder einen Lohnabbau. Der Schlichtungsausschuß vertrat den Standpunkt, daß die gegenwärtige ungünstige Wirtschaftslage einen Lohnabbau verbietet, andererseits aber eine Senkung der Lebenshaltungskosten, die einen Lohnabbau rechtfertigen würde, bis jetzt nicht eingetreten ist. Es erschien daher zweckmäßig, die bisherigen arbeitsrechtlichen Vereinbarungen unverändert auf ein Jahr zu verlängern. Die Verlängerung ist unter allen Umständen dem von Arbeitgeberseite geforderten tariflosen Zustand vorzuziehen, weil Tarifverträge dem sozialen Frieden dienen und einheitliche arbeitsrechtliche Verhältnisse für ein größeres Wirtschaftsgebiet schaffen, die in ihrer Auswirkung den einzelnen Betrieben, auch wirtschaftlich gesehen, zugutekommen.“

Die Arbeitgeber lehnten den Schiedspruch ab, und wir beantragten die Verbindlichkeitsklärung.

Die Verhandlung vor dem Schlichter wurde von der Arbeitgeberseite als Volksversammlung betrachtet. Sämtliche Ziegelbehalter der Pfalz wurden aufgeboten, um dem Schlichter zu beweisen, wie groß die Not sei. Die Begründung für die Ablehnung war die gleiche wie am Schlichtungsausschuß, doch der Spruch wurde für verbindlich erklärt.

Der Tarifvertrag bleibt in seiner seitherigen Form bestehen. Wir müssen nun darauf achten, daß die tariflichen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in allen Ziegeln restlos erfüllt werden. Nur dann wird der von den Arbeitgebern gemachte Einwurf, daß einzelne Werke sich an die Bestimmungen nicht halten, illusorisch. Es liegt an der Arbeiterschaft der pfälzischen Ziegelleien, und darin zu unterstützen, daß überall die tariflichen Bestimmungen eingehalten werden. Wo das nicht der Fall ist, muß die Verbandsleitung sofort verständigt werden.

Den Abbau verhindert zu haben, ist als Erfolg der Organisation zu betrachten: Ohne Organisation kein Tarifvertrag, ohne Organisation Abbau der Löhne.

Die Tarifbewegung der rheinpfälzischen Ziegelindustrie ist ein Mahnruf an alle Ziegelarbeiter.

Einem in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund.

Im Wandel der Zeit.

Bei der Vereinigten Harzer Portlandcemente- und Kalkindustrie in Elbingerode-Harz hat seit einigen Jahren der Nachbarnling des alten ehrwürdigen Generaldirektors Klein die Herrschaft übernommen. Von Natur nicht allzu kräftig im Körperbau bedacht, aber doch mit einem guten Sprachrohr gesegnet, wiegt jedes Wort ein „Pfund“. Nicht oft hat der allgewaltige Herr Direktor Klein Gelegenheit, sich der Betriebsvertretung in majestätischem Glanze zu zeigen. Führt er aber doch einmal das Bedürfnis, den Standpunkt, „Ich bin Ich“, auch der Betriebsvertretung zum Bewußtsein zu bringen, dann steigt er hinab in die Tiefe des Volkes und salbungsvoll beginnt er: „Meine Herren... Herrschaften, es muß anders werden, wir wollen bestimmen, die Herrscher sind wir, Tarifverträge legen wir so aus, wie es uns eben paßt. Den Vorhitz in der heutigen Sitzung wollen Sie mir nicht übertragen. Gesehlich brauchen Sie das nicht; trotzdem fühle ich mich beleidigt; meine Mission ist erfüllt, ich gehe!“

Was Wunder, daß solche erzieherischen Worte auch auf den tieferebenen Diener, Betriebsleiter Jaentzsch, ausstrahlen. Diese schöne Seele, von Beruf Zimmermann, ist auf dem besten Wege, seinem Herrn und Meister nicht nachzusehen. Herr Jaentzsch ist der technische Leiter, und seit Jahren wird in diesem Betriebe auf die sehr mangelhafte technische Einrichtung hingewiesen. Der Umbau der Feldbahngasse ist seit Jahren in Aussicht genommen. Wiederholt sind in den letzten Jahren Hunderte von Arbeitern vorübergehend entlassen worden, aber für Umbauarbeiten war noch keine Zeit vorhanden. — Der mitleidige Leser wird sagen, die Firma befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten. Verulige dich, lieber Freund, hierüber gibt der letzte Geschäftsbericht Auskunft. — Drehplatten, Gleisanlagen um die Kalköfen, bedürfen der gründlichen Reparatur. Ein Betriebsratsmitglied machte den Vorschlag, im Reichstag einen Gesekentwurf einzubringen, wonach nicht nur Tierquälerei, sondern auch Menschenquälerei bestraft werden soll. Dieser Gedankengang kennzeichnet die Betriebsverhältnisse, und die Herren Betriebsleiter trauen sich, daß die Arbeiterschaft und der Betriebsrat kein Vertrauen zur Firma haben.

Die Firma ist Tarifpartner. Nach § 23 des Bezirksvertrages haben alle Arbeiter Anspruch auf Urlaub. Bei der obengenannten Firma gehören Lehrlinge nicht zu den Arbeitern. Hier soll tarifrechtlich ein Unterschied zwischen Lehrlingen und jungen Arbeitern bestehen.

Nach § 24 soll den Urlaubern während der Urlaubszeit der Lohn gezahlt werden, der vor Eintritt des Urlaubs maßgebend war. Auch diese Bestimmung gilt für die Firma nicht. Mit dem Arbeiterrat und der Organisation ist ein Affordvertrag auf betrieblicher Grundlage abgeschlossen. Trotzdem werden Affordträge, die vertraglich geregelt sind, einseitig geändert.

Das alles in einem Betriebe, dessen Senior, Herr Generaldirektor Dr. Klein, stets hohen Wert auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Tarifpartner, dem Fabrikarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund, legt.

Daß solche Zustände sich bei der obengenannten Firma entwickelt haben, sind nicht nur die jungen Herren in der Betriebsleitung schuld, sondern auch die Arbeiter. Der gewerkschaftliche Gedanke könnte ein viel besserer sein, und die Arbeiter dürften nicht auf tarifliche Rechte verzichten.

Bei solch einer Wankelmütigkeit, wie sie in diesem Betriebe unter der Arbeiterschaft zu finden ist, braucht man sich über die Einstellung der Betriebsleitung nicht zu wundern. Schembar handelt man auch hier nach dem bekannten Rezept: Solange Schafe Wolle tragen, müssen sie geschert werden.

Wie Tarife durchbrochen werden.

Die neuaufgemachte Firma Fischer & Co. auf dem Werke Gewerkschaft Müde scheint schon wieder aus dem letzten Loch zu pfeifen. Um nun die Waage etwas hinaus zu schieben und die Arbeiter um ihren verdienten Lohn viellecht zu pressen, wurde ein Mittel angewandt, welches jeder Logik Lohn spricht. Es existiert dort ein Arbeiterrat, der sicher nicht auf der Höhe der Zeit steht. Diese Vertreter der Belegschaft vereinbarten mit der Werkleitung nachfolgenden Anschlag:

Be schluß.

Der nachstehend unterzeichnete Betriebsrat der Belegschaft der Klinker- und Hohlsteinwerke Fischer u. Co. trat heute zusammen und faßte folgenden Beschluß:

Der Betriebsrat beschließt einstimmig, der sofort einzuberufenden Belegschaftsversammlung vorzuschlagen, mit Wirkung vom 12. Mai 1930 einer freiwilligen Lohnminderung um 25 Proz. der vereinbarten Lohnsätze zuzustimmen.

Es wird hervorgehoben, daß es sich hierbei um eine freiwillige Abgabe handeln soll, die irgendwelche Tarife nicht umstoßen soll, vielmehr soll die Lohnzahlung in Höhe von 75 Proz. als Volllohn betrachtet werden, so daß die sozialen Lasten in derselben Höhe abzuführen wären, als wenn die Arbeitnehmer den vollen Lohn erhalten hätten.

Teuchel, den 13. Mai 1930.

Der Betriebsrat:

Karl Braun, Otto Eislerbed.

Dieser Beschluß wurde der Belegschaft im Beisein der Werkleitung vorgelegt. Der Betriebsratsvorsitzende verließ sich so weit, daß er die Arbeiterschaft grüßlich machte, wenn sie nicht nachgegeben würde, dann würde das Werk stillgelegt wie die Tonwerke. Unter diesem Druck fand nun die Abstimmung statt, welche folgendes Resultat ergab:

Für den Vorschlag 30 Stimmen, dagegen 25 Stimmen.

Um nun diese 25 Personen loszuwerden, wurde wieder ein Anschlag veröffentlicht, welcher zum Ausdruck bringt, daß die Unzufriedenen ihre Papiere in Empfang nehmen könnten mit dem Vermerk: Arbeitsmangel. Untersignet war der Anschlag wieder vom Arbeiterrat. Nun mußte man auf einmal den Weg zur Organisation. Deren Vertreter erschien, und forderte die Belegschaft, nachdem eine Verhandlung mit der Werkleitung stattgefunden hatte, ihre Papiere zu verlangen. In dieser Versammlung nahmen die Werkleitung und auch die Vertreter des Industrieverbandes der... teil. Vor dieser Versammlung hatte der Syndikalist Krüger, Pfisteritz, zur Belegschaft gesprochen. Mit der von ihm vorgetragene Forderung hatte nur seinem einzigen Mitgliede im Werke den Kopf verdreht, denn dieses machte, nachdem die Arbeiterschaft nach einem Referat zustimmend in einer geheimen Abstimmung einstimmig beschloffen hatte, die Papiere zu verlangen, der Werkleitung den Vorschlag, doch nur 10 Proz. Abzug auf zwei Monate vorzunehmen. Dies wurde von der Werkleitung abgelehnt, denn das könne ihr nicht helfen. Die Werkleitung und die anderen Herren wurden nun aufgefordert, den Raum zu verlassen, wenn die Herren fort, war das Theater fertig, denn man wollte dem Arbeiterrat eine Abreibung geben. Die Arbeiterschaft verlangte ihre Papiere, welche ausgedrängt wurden. Für den folgenden Tag wurde wieder eine Versammlung angesetzt, jetzt trat die Werkleitung hinten herin in Tätigkeit, indem sie sich einige brauchbare Subjekte

suchte und auch fand, die für einen Kasten Bier die Arbeiterschaft verriet.

Die Urban, Teuchel, Wogny, Wittenberg, und Voigts, Teuchel, schlossen am Abend mit der Werkleitung einen Vergleich, der dahin ging, daß die Firma das Recht hat, zwei Monate lang 10 Proz. des Grundlohnes abzuziehen. Das Geld soll aber nur zurückgezahlt werden, wenn nach zwei Monaten nur noch 150.000 Steine auf dem Lager stehen. Dies wird nie eintreten. Wie sich nachträglich herausstellte, wollten die Betriebsratsmitglieder der Organisation eins auswichen, doch diese wird die Sache schon regeln. Nun waren die Arbeiter vor eine schwere Probe gestellt, denn als sie kamen und ihre Papiere abholen wollten, wurde der Vermerk darauf gemacht „Auf eigenen Wunsch“. Daraufhin fielen die Leute um, und der Verrat hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Die Organisation hat unter den größten Mühen die tariflichen Löhne und Bestimmungen herausgeholt. Auch beim letzten Zusammenbruch die Löhne gerettet, und nun sind die Kollegen so eingestellt.

In ihrem Vorteil wird das nicht sein. Aber die Organisation wird trotzdem versuchen, ihre Rechte zu wahren und zu vertreten.

Pfälzische Ziegelindustrie.

Der Verband pfälzischer Ziegelleien kündigte bereits am 12. Februar d. J. alle tariflichen Bestimmungen zum 31. März. In dem Kündigungsschreiben wurde darauf hingewiesen, daß der Verband keine tariflichen Abmachungen mehr treffen wolle. Es heißt in diesem Schreiben u. a.:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Ziegelindustrie haben sich seit Juli letzten Jahres in einem so rasigen Tempo verschlechtert, daß angesichts der geringen Bautätigkeit im Jahre 1930 mit einer vollständigen Stilllegung der Industrie zu rechnen ist. Eine ganze Reihe von Werken hat bereits, wie Ihnen sicherlich auch bekannt, ihre Zahlungen einstellen müssen. Unter diesen Umständen ist es für unsere Industrie nicht möglich, tarifliche Abreden über Löhne usw. weiterzuführen, die weit über die Leistungsfähigkeit unserer Industrie hinausgehen.“

Wir müssen es daher unseren Mitgliedsfirmen selbst überlassen, mit ihren Belegschaften Vereinbarungen zu treffen, die im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Werke liegen und die jeweils gegebenen örtlichen und sonstigen Verhältnisse berücksichtigen.“

Den einzelnen Firmen soll es überlassen werden, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und den sonst gegebenen örtlichen Verhältnissen eine Regelung zu treffen.

Mit anderen Worten gesagt, man wollte der Arbeiterschaft der größtenteils auf dem Lande liegenden Werke einfach sagen: Wenn ihr arbeiten wollt, dann könnt ihr arbeiten, aber bei Festlegung der Arbeitsbedingungen habt ihr nicht mitzureden. Die Leistungsfähigkeit des Werkes vertritt es nicht, daß wir Überstunden bezahlen, Urlaub gewähren usw. Auch können wir die „hohen“ Löhne nicht mehr bezahlen, ihr werdet doch einsehen, daß wir billiger arbeiten müssen und dergl. mehr.

So hätten die betrieblichen Vereinbarungen, von denen der Arbeitgeberverband geschrieben hat, ausgehen. In einzelnen Werken glaubte man schon, sein Ziel erreicht zu haben. 10 Proz. Lohnabbau hatte man der Arbeiterschaft angeboten. Die Herren

Gaue und Zahlstellen

Gau 1. Zahlstellenkonferenz.

Die Konferenz, die zum 17. und 18. Mai 1930 nach Celle einberufen war, fand im „Städtischen Saalbau Union“ statt. Sie war besetzt von 68 Delegierten aus 34 Zahlstellen, 6 Mitgliedern des Gauborstandes, 1 Mitglied des Hauptvorstandes, 1 Vertreter des ADGB, Ortsausschuß Celle, 1 Bezirksvertreter des ADGB, 1 Pressevertreter der „Celler Volkszeitung“. Die Zahlstellen Bramsche, Groß-Hauslingen und Soltau hatten keinen Vertreter entsandt.

Um 5 Uhr nachmittags begannen die Verhandlungen mit einigen stimmungsvollen Liedern des freien Volkshors Celle und Begrüßungsreden der städtischen und gewerkschaftlichen Vertreter.

Alsbald erhielt das Wort der Kollege Thiemeig vom Hauptvorstand zu seinem Referat über die

„Bedeutung der abgeschlossenen Kartellverträge“.

Kollege Thiemeig ging in seinen Ausführungen auf den geschichtlichen Werdegang der Kartellverträge ein, die entstanden seien aus den Grenzstreitigkeiten der einzelnen Verbände. Er behandelte im besonderen die Entwicklung der freien Gewerkschaften und die in früheren Zeiten wahllos vorgenommenen Organisationsgründungen und betonte, daß bei der Gründung von Gewerkschaften nur die gelehrten Berufe berücksichtigt wurden. Die Ungerlehrten überließ man sich selbst. Erst zu einer späteren Zeit schlossen sich die Bauhilfsarbeiter zu einer Organisation und später die Fabrikarbeiter mit all ihren Untergruppen zusammen, denen dann noch die Transportarbeiter folgten. Es bildeten sich aus dieser wahllosen Schaffung von Organisationen Differenzen und Grenzstreitigkeiten, die man durch Schiedsgerichte zu beilegen suchte.

Wir sind heute nicht mehr ein Verband der Ungerlehrten, weil ein erheblicher Teil unserer Mitgliedschaft aus hochqualifizierten Arbeitern besteht. Ich verweise auf die Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Tapetenruder und die Spezialarbeiter in der Chemie, Gummi- und Papierindustrie. Wir wollen durch Schaffung von Kartellverträgen die Grenzstreitigkeiten beheben und die Konzentration der Gewerkschaften fördern. Wir hatten in früheren Jahren einen Kartellvertrag mit den Bararbeitern und den Bergarbeitern, der aber von den beiden Vertragspartnern gekündigt und aufgehoben wurde. Mit den Textilarbeitern besteht noch ein alter Kartellvertrag, der aber vielfach nicht mehr eingehalten wird. Ein offenes Kampffeld besteht mit dem Textilarbeiterverband über die Organisation der Arbeiter in der Kunstseide-Industrie, die zur Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gehört. Der Baugewerksbund erhob Anspruch auf alle Gruppen, die an der Fertigstellung eines Hauses beteiligt sind. Dabei kommt er auch an die Arbeiter der baustoffherzeugenden Industrie. Dagegen wehren wir uns, und deswegen hat der Baugewerksbund den Vertrag gekündigt.

Mit der Bildung des „Keramischen Bundes“ war der Baugewerksbund einmündig, damit hat er auf die Einreichung der Baustoffindustrie in seinen Bund verzichtet. Er beansprucht von uns die Betonwaren- und Kunstseidenarbeiter und die Litholithleger, wir verlangen von ihm die Zylinder und die Bauhandwerker in unseren zuständigen Industriezweigen. Die Ablehnung der Zylinder ist von dieser Gruppe und dem Baugewerksbund abgelehnt worden.

Gegen den von den Bergarbeitern gegründeten Bergbauindustrieverband erhoben wir wegen der Namensänderung beim ADGB Protest und erreichten, daß die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften unserem Protest beitrug.

Der Name wird aber von den Bergarbeitern weitergeführt, und diese glauben auch weiter Anrecht auf die Betriebe zu haben, die ihr Urprodukt verarbeiten (Kohlen und Kalk). Ein neuer Vertrag ist mit den Bergarbeitern bis jetzt nicht zustande gekommen. Wir wehren uns auch gegen die Einbeziehung unserer Kollegen in die Knappschaftskasse, weil sie dort wohl die hohen Beiträge entrichten müssen, Rechte dafür aber nicht erhalten.

Der Nahrungsmittelarbeiterverband verlangte seit langer Zeit von uns die Nahrungsmittel- und die Futtermittelbetriebe. Bisher war hier immer der Grundlag vorhanden: Macht geht vor Recht. Den Erfolg in der Mitgliederbewegung hatten mancherorts die Nahrungsmittelarbeiter. Einige Beispiele in der Margarine- und Delinindustrie beweisen uns das. Sie sind jetzt mit dem Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband zu einem Kartellvertrag gekommen, der allen bekannt ist. Der Nahrungsmittelarbeiterverband erhebt jetzt, geknüpft auf den jetzigen Vertrag, naturgemäß eine Reihe Forderungen. Wir müssen dabei wohl etwas abgeben, wollen aber doch den Vertrag durchführen.

Dabei wird es bei manchen Kollegen, die bei uns ein Menschenalter organisiert sind, Unmut und Verdruß auslösen, ihre liebgehabte Organisation verlassen zu müssen. Dieses muß aber geschehen, um nicht der Illoyalität geziehen zu werden.

Bei dem Vertrag mit dem Verkehrrsbund ist das Prinzip das Wichtigste. Der Streit ging dort in erster Linie um die in unseren Industriezweigen beschäftigten Produktionsarbeiter. Was als solche angesehen werden muß, wurde erstmalig für die Genossenschaftsbetriebe festgelegt. Die Produktionsbetriebe der HCB gehören zu uns. Antiker, Chausseure, Postler, Kontoristen, Radfahrer, Bäcker und Markthelfer gehörten zum Verkehrrsbund. Das gleiche Prinzip gilt für den abgeschlossenen Kartellvertrag, für dessen Durchführung beide Verbände sorgen müssen.

Der Vertrag mit dem Metallarbeiterverband durchbricht den Vertrag von 1928, das ist sehr wichtig. Die Durchführung des Kartellvertrages hängt aber an manchen Schwierigkeiten. Metallarbeiter wollen den Industrieverband, hängen aber am Verkehrrsbund. Auf der einen Seite erkennen sie den Industrieverband an, auf der anderen Seite behalten sie Rechte vor. In den Zahlstellen wird auf beiden Seiten nicht die richtige Sachlage aus dem Vertrag gezogen. Nur durch freiwillige Verständigungen sollen die aus diesem Vertrag entstehenden Differenzen beseitigt werden. Grund muß bei allen Streitigkeiten sein, durch freundschaftliche und kollegiale Verhandlungen dieselben zu beseitigen. Wenn auf der Gegenseite dazu der gute Wille nicht überall vorhanden ist, sollen wir uns bei diesem Grundlag nicht abbringen lassen. — Auch bei uns bleibt manches zu wünschen übrig, wir sind aber von der Organisationsleitung aus gewillt, alles zu tun, die Kartellverträge zu realisieren. Die praktische Durchführung erfordert Geduld. Wir müssen hart werden in den ausstehenden Industrien. Wenn wir trotz Drohungen der Unternehmer — die Löhne abzubauen — noch 71 Millionen RM Lohn für 1929 mehr herausbekommen, dann werden sich die Verträge für uns gegenständig realisieren.

Ein Vorschlag wurde nicht beliebt, der Sonntag verlagte die weiteren Verhandlungen auf Montagmorgen 9 Uhr.

Der zweite Tag wurde eröffnet durch den Bericht des Gauborstandes, der von dem Gauleiter Scheinhardt

gegeben wurde. Scheinhardt führte aus, daß seit der letzten Tagung vor zwei Jahren in Fürstberg a. M. keine wesentlichen Veränderungen im Gau zu verzeichnen sind. Die Mitgliederzahl hat sich von 87 000 auf über 40 000 erhöht. 16 Zahlstellen werden von besoldeten Funktionären verwaltet, die übrigen ehrenamtlich. Die Verwaltung befindet sich in geordneten Verhältnissen. Aus Gründen besserer Beweglichkeit in den teilweise großen Bezirken sind sechs Autos angeschafft worden. Die Einnahme des verfloßenen Jahres betrug 24 800 RM, die Ausgabe 24 300 RM. — Die Bildungsarbeit hat sich erfreulicherweise im letzten Jahre gut entwickelt. Die Filmvorführungen fallen nur zum Teil unter Bildungsreisen, zum Teil gehören sie zur Agitationsarbeit. Die Jugendbewegung ist leider nicht so wünschenswert vorwärtsgelommen. Dagegen sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen in der Frauenorganisation. Die Wirtschaftslage im Gau ist nicht erfreulich. Durch die Arbeitslosigkeit werden auch unsere organisatorischen Kräfte zermüht. Die Wirtschaftslage ist aber nur schlecht, soweit es den Arbeitsmarkt betrifft. Im übrigen sind hohe Dividenden und Löhntiem festzustellen. Danach gesehen, ist die Bilanz. Die Auswirkung der Rationalisierung ist geradezu katastrophal. Dazu kommt die planmäßige Stilllegung von Betrieben durch Zusammen-schluß. Diese Dinge machen schwer zu schaffen. Trotzdem ist es dem Verband möglich gewesen, im letzten Jahre in einer Anzahl von Betrieben Lohn erhöhungen durchzuführen. Es ist vielfach notwendig gewesen, mit den Arbeitgebern eine deutliche Sprache zu reden. Es ist alles getan, was im Rahmen des Möglichen lag, um erfolgreich für unsere Mitglieder wirken zu können.

Den weiteren Bericht über die Tätigkeit der Gauleitung erstattete Kollege Haberhauffe.

Der Absatz in den baustoffherzeugenden Industrien war im Berichtsjahre nicht schlechter als im Vorjahre, teilweise sogar besser.

Durch das günstige Wetter konnten die Ziegeleien sowie auch die Kieselgurbetriebe die Kampagne länger ausdehnen als in den Vorjahren. Dadurch wurden Vorräte angeammelt.

Die Klagen der Arbeitgeber über niedrige Preise und schlechten Absatz sind immer die gleichen. Die Löhne werden auch als zu hoch bezeichnet. Mit allen Mitteln wird versucht, die Bezüge der Arbeiter zu schmälern. Die Anträge der Arbeitgeber auf Verlegung in eine niedrigere Ortsklasse werden sich. Jugendliche werden eingestellt, die die Arbeit der Erwachsenen machen müssen. Bezahlt werden sie nur nach ihrer Altersklasse, abgesehen von einigen Ausnahmen. Wenn die Arbeiter sich über Ungerechtigkeiten beschwerten, werden sie im nächsten Jahre nicht wieder eingestellt.

Alle Verträge wurden auf Wunsch der Belegschaften gekündigt. Die Arbeitgeber wollten nur die alten Löhne um ein Jahr verlängern. Schließlich waren sie bereit, 1-2 Pf. Erhöhung pro Stunde zu zahlen. In keiner Industrie gelang es uns, eine Vereinbarung in freier Verständigung herbeizuführen. Teils durch den Fachsichtingauschuß, teils durch den staatlichen Schlich-

ter wurden schließlich Erhöhungen von 3-6% Pf. pro Stunde vereinbart. Der staatliche Schlichter wurde nicht immer von uns angerufen, sondern auch von den Arbeitgebern. Am schlechtesten schnitten die Kieselgurarbeiter ab. Wohl konnte eine Erhöhung von 5 Pf. pro Stunde vereinbart werden, jedoch wurde zugleich von der Schlichtungsinstanz für die Verheirateten das An- und Abmarschgeld, welches sechs Stundenlohn pro Woche betrug, auf eine Stunde pro Woche festgesetzt. Hierdurch war die Lohnerhöhung fast illusorisch gemacht. Möge es später gelingen, die Scharie auszuweichen.

In der Zementindustrie gehen die Arbeitgeber zum Teil rigoros vor. Aus Harbergen wurde berichtet, daß der Betrieb stillgelegt wurde. Bei Wiederaufnahme der Produktion wurden nur diejenigen Arbeiter eingestellt, die sich durch Unterschrift in den gelben Verbänden anmeldeten. Das ist der Höhepunkt der Brutalität. Hoffentlich wird die Werkleitung keine Freude an dieser Maßnahme haben.

Vehtliche Dinge bestehen in der Feuerfesten Industrie. Sobald die Arbeiter ihr Recht fordern, werden sie entlassen. Dem Betriebsrat, der gegen diese Maßnahme protestierte, erteilte dasselbe Schicksal. Vor dem Arbeitsgericht wurden diese Klagen erfolgreich vertreten.

Alle Tarifüberschreitungen sollten uns gemeldet werden, damit wir eingreifen können. Die Belegschaftsmitglieder hätten die Pflicht, dem Betriebsrat, dem sie ihr Vertrauen geschenkt haben, treu zur Seite zu stehen.

Redner forderte die Anwesenden auf, die Agitation in den Ziegeleien aufzunehmen, auch da, wo die Betriebe etwas abseits der Straße liegen. — Durch niedrige Löhne in diesen Betrieben sei es den Arbeitgebern möglich, Schmutzkonkurrenz zu treiben zum Schaden der Tarifgebundenen. Diese suchen sich dadurch zu helfen, daß sie Anträge auf Verlegung in eine andere Ortsklasse stellen. Solche Auswirkungen können nur durch Organisation aller Ziegler unterbunden werden.

Als sehr bedeutungsvoll muß das Referat des Kollegen Brennecke vom ADGB bewertet werden, das sich „Kampf um die Sozialversicherung“ betitelt.

Die Aussprache über das Referat des Kollegen Brennecke wurde bestritten durch die Kollegen Meyer, Goslar, und Hartlieb, Hannover.

Dann wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. Zum Mitglied des Verbandsbeirates wurde der Kollege Küster, Stadtlondorf, und sein Stellvertreter Meyer, Goslar, gewählt.

Als Ort der nächsten Gaukonferenz wurde Detmold bestimmt.

Kollege Scheinhardt dankte nach Schluß der Tagesordnung den örtlichen Veranstaltern und den Teilnehmern und schloß die Konferenz mit einem „Hoch“ auf den Fabrikarbeiterverband mittags 13¼ Uhr.

Wahlrecht, Wählbarkeit, Abstimmungsrecht in der Zwangsinnung.

1929 wurde die Zwangsinnung für die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher Langewiesen und Umgegend ins Leben gerufen; 1921 die Zwangsinnung Geraberg und Ilmenau.

Die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher haben im Laufe der Zeit erkannt, daß mit mittelalterlichen, zünftlerischen Einrichtungen weder der Industrie noch der in ihr beschäftigten Gausarbeiter und Hausgewerbetreibenden geholfen werden kann. Es wurden deshalb im Laufe der letzten Wochen Anträge auf Zurücknahme der Anordnung wegen Errichtung der Zwangsinnungen Geraberg, Ilmenau und Langewiesen gestellt.

Es ist nun die Frage aufgeworfen: „Wer ist bei Auflösung der Zwangsinnung abstimmungsberechtigt?“ Selbstverständlich alle Mitglieder der Zwangsinnung. Ueber die Rechtslage im allgemeinen sei gesagt:

Soll eine Zwangsinnung auf Wunsch der Mitglieder geschlossen werden, so müssen vor allem die Bestimmungen des § 100 G.D. beachtet werden. Die Schließung einer Zwangsinnung auf Veranlassung der Mitglieder ist durch das Gesetz nicht einfach gemacht. Der Schließung muß die Annahme des Antrages auf Zurücknahme der Anordnung zur Errichtung der Zwangsinnung von der höheren Verwaltungsbehörde auf Grund eines gültigen Beschlusses der Innungsverammlung vorausgehen. An die Gültigkeit des Beschlusses sind eine Reihe Bedingungen geknüpft. Wir wollen sie nachstehend kurz an einem Beispiel erläutern: Angenommen, eine Zwangsinnung hat 200 Mitglieder. Ein Teil der Mitglieder agitiert für Auflösung der Zwangsinnung. Die Auflösung kann durchgeführt werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Ein Viertel der Mitglieder (200 : 4 = 50), also 50, müssen beim Vorstand der Zwangsinnung schriftlich beantragen, daß ein Beschluß gefaßt werden soll, der besagt, daß durch die höhere Verwaltungsbehörde die Anordnung zur Errichtung der Zwangsinnung zurückgenommen werden soll.

2. Der Vorstand hat nach Eingang des schriftlichen Antrages auf Auflösung der Zwangsinnung eine Versammlung einzuberufen und in der Einladung zu bemerken, daß über den gestellten Antrag auf Schließung der Zwangsinnung abgestimmt werden soll. Die Versammlung muß mindestens 4 Wochen vor der Auflösung in ordnungsgemäßer Weise an sämtliche Mitglieder der Zwangsinnung ergangen sein.

3. Der Vorstand hat auch der zuständigen Aufsichtsbehörde eine Bescheinigung zu erstatten. Diese hat einen Vertreter in die Versammlung zu entsenden. Eine Beschlussfassung über die Auflösung der Zwangsinnung ist nur möglich, wenn der Vertreter der Aufsichtsbehörde anwesend ist.

4. Der Auflösungsantrag gilt als angenommen, wenn in der bei der Versammlung ¼ der Zwangsinnsmitglieder zustimmen. Das wären nach unserem oben wiedergegebenen Beispiel 150 Mitglieder.

Nun kann es vorkommen, daß in der anberaumten Versammlung nicht ¼ der Mitglieder der Zwangsinnung anwesend sind. Dann können diese auch nicht für oder gegen den Antrag stimmen. In solchen Fällen muß binnen 4 Wochen eine zweite Innungsverammlung einberufen werden. Diese ist dann in der Lage, die Auflösung der Zwangsinnung zu beschließen, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder. Stimmen in der zweiten Versammlung von den anwesenden Mitgliedern ¼ für den Auflösungsantrag, so gilt die Zwangsinnung als aufgelöst und die höhere Verwaltungsbehörde hat mit Schluß des Rechnungsjahres die Zwangsinnung zu schließen. Die Abwicklung der Geschäfte hat durch die Aufsichtsbehörde oder deren Beauftragten zu erfolgen. Die zuständige Handwerkskammer kann über das Vermögen der aufgelösten Zwangsinnung verfügen.

Nach den Satzungen der Zwangsinnungen Geraberg, Ilmenau und Langewiesen liegt die Rechtslage wie folgt: Die Mitgliedschaft wird in den 3 Zwangsinnungen durch § 3 festgelegt. Es kommt zu dem Ausdruck, daß Mitglieder der Zwangsinnung alle Thermometer- und Glasinstrumentenmacher sind,

welche innerhalb des Innungsbezirktes Thermometer- und Glasinstrumentenmacher sind.

Im § 13 der Zwangsinnung Geraberg werden den Zwangsinnsmitgliedern die Rechte in bezug auf „Wahlberechtigung und Wählbarkeit“ zur Innungsverammlung beschnitten, wenn sie wiederholt länger als ein halbes Jahr mit der Bezahlung der Zwangsinnsbeiträge im Rückstande geblieben sind. Wahlrecht und Wählbarkeit ruht in diesem Falle bis zur Entrichtung aller rückständigen Beiträge. Die Zwangsinnung Ilmenau regelt die beschriebene Angelegenheit in ihrem § 16 und die Zwangsinnung Langewiesen in ihrem § 10.

Festgestellt und festgehalten muß werden, daß es sich bei vorstehenden Paragraphen, welche die Rechte der Mitglieder beschnitten, um Wahl und Wählbarkeit zur Vertreterwahlmahlung handelt, nicht um Abstimmung über die Auflösung der Zwangsinnung.

Der § 52 der Satzung der Zwangsinnung Geraberg, der § 50 der Satzung der Zwangsinnung Ilmenau und der § 47 der Zwangsinnung Langewiesen regelt den Weg über Anträge auf Zurücknahme der Anordnung wegen Errichtung der Zwangsinnung. Im Inhalt dieser Paragraphen wird gleichlautend darauf hingewiesen, daß an der Abstimmung über die Auflösung der Zwangsinnung die Mitglieder des § 3 in Frage kommen. Damit steht fest, daß in dem Falle, wo es sich um die Auflösung der Zwangsinnung handelt, eine Bescheinigung des Abstimmungsrechtes der Mitglieder, § 3 der Satzung, nicht eintreten kann.

Bei der Rechtslage ist zu unterscheiden zwischen Wahl oder Wählbarkeit und Abstimmung. Bei der Wahl und Wählbarkeit handelt es sich um die Personen, die entweder wählen oder gewählt werden können als Vertreter in die Innungsverammlung. Bei der Abstimmung aber über den Antrag auf Auflösung der Zwangsinnung handelt es sich um eine Sache. Nur das Recht der Zwangsinnsmitglieder zu wählen oder sich wählen zu lassen, kann beschnitten werden. Das Recht der Mitglieder, an der Auflösung der Zwangsinnung mitzustimmen, kann weder beschnitten noch aufgehoben werden. Jeder Thermometer- und Glasinstrumentenmacher in der Hausindustrie ist deshalb abstimmungsberechtigt. Er ist auch dann abstimmungsberechtigt, wenn er mit seinen Beiträgen zur Zwangsinnung im Rückstande ist. H. Gifflein.

Literarisches.

„Wörterbuch der Deutschen Gesetzessammlungen“, Band „Arbeiterrecht“, von Dr. Franz Gerriq: Ersatzblätter Folge 6. Preis mit dem vollständigen Werk 12,50 RM. Verlag Friedrich A. Wörl, Leipzig C. I., Königsstraße 26 B. Leider verbleibt es der Kämm. die zahlreichen neuen Bestimmungen auszuführen, die auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, des Siedlungswezens für Arbeitnehmer, der Arbeitszeit usw. ergangen sind, und die in gewohnter Weise durch die Ersatzblätter in das Haus der Arbeiter eingearbeitet worden sind. Zeitlich schließt die neue Folge ab mit dem die Arbeitslosenversicherung betreffenden Teile des Gesetzes zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April 1930.

Verbandsnachrichten

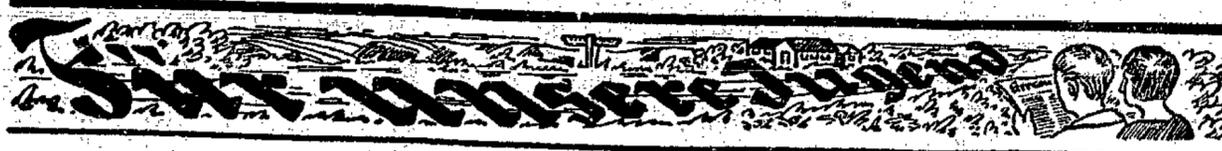
Stelle besetzt.

Auf Grund der Ausschreibungen in unseren Verbandsorganen hat der Vorstand für die Rechtschutzabteilung den Kollegen

Lorenz Bopp, Leipzig,

als Hilfskraft angestellt.

Den übrigen Bewerbern sagen wir hiermit für ihre Bemühungen unseren besten Dank.



Lied der Jugend.

Wir schreiten in den jungen Tag,
selbst jung und ohne Sorgen.
Ein jeder Schritt ein Donner Schlag
Aufdröhnend in den Morgen.
Wir woll'n das Licht und einen Sieg,
der alle Welt befreit — — —
drum, purpurrote Fahne, flieg,
wir sind zum Kampf bereit!

Wir schreiten, hoch und aufgeregt
das Haupt, die Stirne frei.
Das Ziel, das wir uns einst gesteckt,
lacht jung und alt herbei.
Und unser Lied, ein freies Lied,
verkündet, was wir wollen;
so schreiten wir mit festem Schritt
und schöpfen aus dem Vollen.

Denn unser Herz des frohen Muts,
vom Kampfsgeist übertrügelt,
und voll des wilden, roten Bluts,
schlägt laut und übermächtig.
So ziehn wir in die Welt hinaus
und aus des Joches Krallen,
so sind wir Sturm und Sturmgebräus,
da muß das Morsche fallen.

Wir sind wie starker Frühlingssturm,
der plötzlich laut gewittert.
Wir rufen um den morschen Turm,
der ängstlich ächzt und zittert.
Wir schreiten in den jungen Tag,
und unser Kampflied braust! — — —
Denn unser Schritt ist Donnerschlag,
bei dem die Windsbraut haust.

W. B. o. d.

Berufswünsche der Jugendlichen.

Die Ausweise über die Stellenvermittlung und Inanspruchnahme der öffentlichen Berufsberatung vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929, die jetzt abgeschlossen für das Reich vorliegen, gewähren einen aufschlußreichen Einblick in die Berufswünsche der Jugendlichen. Auch die Zahl der Ratfuchenden, die einen Beruf in der Keramik oder in der Glasfabrikation lernen wollten, ist gegenüber dem Vorjahre beachtlich gestiegen. In einzelnen Fächern konnte die Nachfrage nach Lehrkräften nicht ganz gestillt werden. Und waren viele Ratfuchende für den in Aussicht genommenen Beruf nicht geeignet, sie mußten abge-

wiesen werden oder wurden einem anderen ihnen zusagenden Beruf zugewiesen. Folgende Tabelle gewährt einen Ueberblick:

| | Ratfuchende | Offene Stellen | Vermittelte |
|-----------------------------|-------------|----------------|-------------|
| Feinkeramilarbeiter | 48 | 73 | 37 |
| Steingut- u. Porzellanmaler | 72 | 61 | 44 |
| Keramiktchniker | 6 | — | — |
| Hohlglasmacher | 142 | 70 | 68 |
| Spiegelglasmacher | 27 | 76 | 53 |
| Glaschleifer | 94 | 161 | 81 |
| Glasmaler | 44 | 40 | 28 |
| Sonstige Verufe | 61 | 80 | 51 |

Man kann aus den Ergebnissen den Schluß ziehen, daß der heutigen Jugend die Wahl des Berufes große Sorgen macht. Mancher wird später enttäuscht sein, andere werden sich befrüchtigt fühlen. Nichts ist für den Arbeiter schlimmer als die Wahl eines falschen Berufes; ihm ist die Möglichkeit zum Umsatteln nicht so leicht gegeben, denn die Sorgen um den Lebensunterhalt stellen sich früh ein. Dazu kommt heute die große Massenarbeitslosigkeit, von der kein Beruf verschont bleibt.

Jugend und Arbeiterklasse.

Von jeher ist es so gewesen: Wer es versteht, die Jugend zu halten, sie in keinem Sinne zu beeinflussen und zu erziehen, hält zugleich auch die Zukunft in sicheren Händen. Die ältesten Jugendorganisationen haben das früh genug erkannt. Und nun, in der Nachkriegszeit, wo die Jugend Sonntag für Sonntag, und nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter, hinauswandert, um nach sechstägiger Fronarbeit den Staub der Stadt von den Füßen, und die Schladen der Berufsarbeit aus Hirne und Herzen zu schütteln, steht auch dem rückständigsten Arbeiter die Frage vor Augen: Was ist dagegen zu tun? Die Versammlungen sind leerer geworden. Die Alten geben den von der Natur vorgeschriebenen Weg zur ewigen Ruhe, aber die Jungen treten nicht mehr so, wie man es wünscht, an die Plätze der gefallenen Funktionäre. Mancher Stuhl ist unbelegt, manches Wort verhallt ungehört. Drückend wie ein Alp legt sich das Unbehagen und die Angst um die große Sache des Kampf- und Abwehrgebantens auf alle Gemüter. Selbst das gekprochene Wort will nicht mehr recht über die Lippen fließen, denn eine gährende Leere starrt uns an. Man redet zu vier Wänden, aber die sind stumm: sie tragen selbst die schönsten Pläne, die besten Ratsschläge nicht weiter. So ist das Bild in mancher Versammlung, die wir erleben. Und nur, wenn plötzlich die Gefahren gegnerischer Anschläge offensichtlich in Erscheinung treten, besinnen sich manche Kollegen darauf, daß auch sie in die Versammlung gehören. Und die Jugend. Sie wird trotzdem nicht in hellen Scharen kommen. Sie geht auf die Sportplätze und spielt Fußball. Sie geht in die Berge und erlebt die Schönheiten der Natur und ihre Wunder. Sie schwärmt für Sonne und Licht, verzehrt aber, daß es ohne Gewerkschaftsarbeit, ohne Kampf um verkürzte Arbeitszeit — auch heute, bei aller fortschreitenden Technik und der damit verbundenen Maschinenarbeit, — keine Sonne und kein Licht, keine genügende Freizeit

zum Zwecke der Leibpflege und des Weltgenießens geben kann. Brutal und rücksichtslos gehen die Unternehmer über die Proletarier hinweg, wenn nicht die Gewerkschaft sich schützend vor die Jugend und vor ihre Mitglieder stellt, um Ansturm nach Ansturm auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren. Unsere Kollegen, die solche Anstürme vertreiben, sind — ohne Zweifel — vollkommen im Recht. Aber mit diesen Gesprächen kommen wir nicht zum Ziel. Wir kommen nicht an die Jugend heran, wenn wir uns nur auf Worte beschränken. Ich bin mir ohne weiteres darüber im Klaren, daß diese Zeilen im „Keramischen Bund“ nicht von allen unseren Jugendlichen gelesen werden. Aber ich spreche es aus, weil ich es aus Erfahrung weiß. Wer hat denn von uns mit 14, 15 oder gar mit 17 Jahren die Verbandszeitung gelesen. (Viele! D. R.) Nicht einmal in die Versammlungen gingen wir. (D. R.) Stundenweit sind wir gelaufen. (D. R.) Nur einige, aber das waren Ausnahmefälle, taten das. Und so ist es auch heute noch. So wird es auch bleiben, wenn wir nicht lernen, dem Beispiel anderer Jugendorganisationen zu folgen. Aber da heißt es: Taten beweisen! Mit Worten allein geht das nicht. Auch unser Jugendteil im Verbandsblatt hilft uns nichts, wenn wir nicht an die Jugendbarbie ernsthaft herangehen. Und dazu ist notwendig, daß wir uns mit dem Wesen der Jugend vertraut machen. Vieles gilt es da zu beachten, und wenn wir nun ernsthaft an die Arbeit gehen, um überall aufzubauen, und uns als Freunde der Jugend erweisen, dann wird ein Sturm auf unseren Jugendteil die Folge davon sein. Gleichzeitig damit wird das Interesse am „Keramischen Bund“ als Nachrichtenblatt erhöht, und wir kommen zum Ziel: die Jugend ist unser. W. B. o. d.

Vom rechten Benehmen.

1. Dein Benehmen in der Familie, in der Werkstatt und in der Schule sei so, daß du für reifer und erwachsener gehalten wirst, als du in Wirklichkeit deinem Alter nach bist. Man wird dir größere Leistungen zutrauen, an denen du deine Kräfte besser stärken kannst.
2. Deine Haltung und deine Kleidung laß Spiegel deines inneren Wesens sein. Dein Charakter soll Ausdruck finden auch in deinem Aeußeren.
3. Suche dir in deinem Verlehr Kreise, von denen du noch etwas lernen kannst in beruflicher und sittlicher Hinsicht. Kleintliche Geister, denen du in allem überlegen bist, machen dich leicht zu einem eingebildeten, selbstzufriedenen Menschen, der bald von den anderen überflügelt wird.
4. Vermeide allen Fall, alle Nechtbarkeit, alle Reichschlägerei bei körperlicher Ausarbeitung. Sie nehmten deine geistigen und körperlichen Kräfte für unproduktive Zwecke in Anspruch.
5. Benutze alle Fortbildungsmöglichkeiten. Du weißt zwar nie, ob du alles Gebotene gebrauchen kannst, aber auch nicht, ob du es nicht gebrauchst. Besser vorgeholt als nachbedacht.
6. Im Entwicklungsalter meide Alkohol- und Tabakgenuß. Es zeugt von größerer Willensstärke, den wohlgemeinten, wissenschaftlich begründeten Ratsschlägen zu folgen, als den Hänseleien Gleichartiger nachzugeben, die durch Rauchen und Biertrinken ein falsches Verständnis von Mannstump zur Schau bringen wollen.
7. Ueberflüssiges Taschengeld verwende zu deiner Weiterbildung, zur Gesunderhaltung und Kräftigung deines Körpers. Wertvolle Bücher, Sport-, Turn- und Wandeartikel kommen immer wieder dir zugute, sie schaffen bleibende Werte. F. R. im „Jungbuchbruder“.

Unseren Frauen u. Mädchen

Die Arbeitsfrau.

Ich seh dich jeden Morgen
Zur Arbeitsstätte gehn.
Ich seh dich voller Sorgen
An der Maschine stehn.
Früh-spät hält dich gefangen
Die Mühsal der Fabrik.
Staub färbet deine Wangen,
Rauch schleiert deinen Lid.
An Kirchen und Palästen
Geht hin und her dein Schritt.
In Nischen, auf Podesten
Hallt dumpf dein müder Tritt.
Zu Hause neue Plage,
Zu Hause neue Pflicht.
So rinnen deine Tage
In Mühsal und Verzicht.
Dein Golgatha auf Erden
Wird spurlos nicht verwehn:
Aus deinem Schoße werden
Die Rächer aufstehn.

Schon rötet sich die Strahlen
Der Menschendämmerung,
In flammenden Fanalen
Erscheint du schön und jung.
Und aus dem Flammenmeere
Steigt dann ein neu Geschlecht
Zu letztem Kampf und Wehre
Für dein entweihetes Recht.
Du stellst die rote Fahne
Dann zwischen Tag und Nacht,
Gewitter und Orkane
Vertünden deine Nacht.
Orkane und Gewitter
Umrausen deinen Thron
Mit dem Triumph der Ritter
Der letzten Rebellion.
Die bunte Sternkorona
Umfaßt deinen Platz,
Denn du bist die Madonna
Des Proletariats!
Victor Kalinowski.

Das Keinkindersystem.

Durch die kapitalistische Presse ging in diesen Tagen ein Artikel, überschrieben: „Das Keinkindersystem“. Man sollte, um unserer sozialistischen Sache zu nützen, eigentlich diesen ganzen Klawatsch abdrucken, um unseren Freunden und besonders der Arbeiterfrau zu zeigen, wie verheerend es oft in den Gehirnen bürgerlicher und sozialistischer Ausfühler.
Der Schreiber sucht zu beweisen, daß wenn dieser „Geburtenstreich“ so weitergeht, wir 1975 nur noch 46 Millionen Einwohner in Deutschland haben werden.
In Berlin sei es katastrophal mit der Geburtenabnahme. 60 Proz. der Ehen der „Kriegszeit“ in der Reichshauptstadt seien überhaupt kinderlos. Wenn in der Vorkriegszeit auf jede Ehe vier Kinder kamen, so jetzt nur noch zwei. Und diese noch verhältnismäßig günstige Zahl sei darauf zurückzuführen, daß die Zahl der unehelichen Kinder so hoch sei.
Ein Hoch auf dem unehelichen Kind, das uns vor dem Aussterben bewahren wird.
Was der Verfasser über die Gründe dieses enormen Rückgangs der Geburten zu sagen weiß, ist jämmerlich. Er weiß nichts von den furchtbaren materiellen Nöten des Volkes. Bei ihm ist der „Geburtenstreich“ nur eine Folge psychologischer Ursachen. Der heutige Mensch sei zu egoistisch, zu materialistisch eingestellt. Wörtlich heißt es da:
„Der heutige Mensch will sein Leben nicht mehr im Interesse des Königs, des Staates usw., sondern

nur zum eigenen Nutzen und Genuß gestalten. Von den Auswirkungen des modernen Komforts haben heutzutage die breitesten Volksklassen Besitz ergriffen. Der neuzeitliche Massenmensch will auf keine sich ihm bietende Freude des Lebens zugunsten weiterer Kindergeburt verzichten. Noch krasser als beim Mann kommt dieser unaufhaltbare Drang des materiellen Lebensniveaus bei der heutigen Frau zum Durchbruch.“

Verheerend aber wird die Logik des Verfassers bei der Beantwortung der Frage: „Was sind die voraussetzlichen Folgen?“

„Es hat sich noch immer gezeigt, daß bei den Nationen, die keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr haben, eine kulturelle Stagnation, ein wirtschaftlicher und politischer Niedergang eintritt.“

Geringe materielle Vorteile wie das Verschwinden der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot werden durch ein Nachlassen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktionskraft aufgewogen.“

Wenn die durch nichts begründete Ansicht des Verfassers zuträfe, daß bei den Nationen, die keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr haben, eine kulturelle Stagnation, ein wirtschaftlicher und politischer Niedergang eintritt, richtig wäre, müßte China heute an der Spitze aller Nationen der Welt stehen.

Er meint natürlich, der Herr Verfasser, daß bei weniger Geburten der Arbeitgeber nicht so billige Arbeitskräfte bekommt, der Wert der Arbeit steigt, während bei starker Bevölkerungszunahme das Angebot an Arbeitfuchenden die Nachfrage an Arbeitskräften übersteigt, und dann der Arbeitgeber eher befehlen, schikanieren und niedrige Löhne bezahlen kann. Was soll man aber zu der unumstößlichen Zumutung sagen, nach der „geringe materielle Vorteile wie das Verschwinden der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot durch ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit und Produktionskraft aufgewogen werden.“

Für jeden ernsthaften Politiker (und Stimme er bis weit rechts in den bürgerlichen Parteien, ist das Problem der Arbeitslosigkeit heute das wichtigste, das m. E. nicht zu lösen ist ohne staatlichen Eingriff in die längst überlebten Rechte des Privateigentums. So lange bei einer 8stündigen Arbeitszeit es Millionen Arbeitslose gibt, müßte die Arbeitszeit durch die Macht des Staates auf eine Stundenzahl herabgemindert werden, daß alle Arbeitfähigen Arbeit finden.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Frage des Verdienstes. Wer lange arbeitslos war, weiß wie entnervend für den Arbeiter dieses zum Nichtstun Verurteiltsein für ihn und seine Familie ist.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, diese beiden furchtbaren Geißeln der Menschheit, aber sind nach dem bürgerlichen Politiker etwas weniger Wichtiges. Wenn nur die Produktionskraft erhalten bleibt. Natürlich meint der seine Herr damit die Möglichkeit auf hohe Dividenden.

Wir aber möchten eine andere Schlussfolgerung aus diesem Geschreibsel ziehen:

Wenn — und wer zweifelt daran? — durch starken Rückgang der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot beseitigt werden kann, dann sollte man besonders dem leidenden Proletariat, den Männern und Frauen, den verheirateten und ledigen, dringend anraten, das Keinkindersystem, den „Geburten-

streich“, nach Möglichkeit zu propagieren und Lai werden zu lassen, auf daß die Armen endlich ein wenig die Schönheiten dieser Erde genießen könnten, und sich nicht immer mit dem imaginären Trost auf die ewige Seligkeit begnügen.

Gewerkschaftskampf und Kultur.

Der letzte Sinn des gewerkschaftlichen Kampfes ist die Gerechtigkeit. Jeder soll das haben, was ihm gebührt, den vollen Ertrag seiner Arbeit, die soziale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Diese unsere Forderungen für die mit Hand oder Kopf arbeitenden Menschen scheinen rein wirtschaftlicher Art zu sein, weil sie wirtschaftliche Werte betreffen, vom wirtschaftlichen Leben etwas verlangen. Dennoch steckt hinter diesem wirtschaftlichen Neuhören ein hohes Stück menschlicher Kultur. Denn Kultur ist mehr als Zivilisation. Das Wesen der Kultur ist Geistigkeit und ethische Gestaltung. Nur beides vereint machen ein Kulturvolk aus.

Wenn die wirtschaftlich Herrschenden unserer Tage diese engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und echter, innerlicher Kultur nicht verstehen, so zeigt das, daß sie Menschen der Zivilisation sind, und daß unsere zivilisatorische Gegenwart noch weit von einer kulturellen Gestaltung des Lebens entfernt ist. Alle großen geistigen Köpfe der Geschichte waren Träger des Gedankens, daß Kultur als Erstes Gerechtigkeit verlangt, und darum waren sie selber auch stets von einem tiefen Gerechtigkeitsgefühl durchdrungen. Wir brauchen nur an unsere großen Dichter zu denken, um zu erkennen, wie ein großes geistiges Können mit einem großen gerechten Fühlen verbunden ist.

Diese Verbundenheit von Gerechtigkeit und Intelligenz ist so auffallend, daß sich auch die großen Philosophen immer wieder mit diesen Zusammenhängen beschäftigt haben. So sprach Nietzsche z. B. einmal das Wort, daß ein hoher Intellekt nur die Krönung moralischer Eigenschaften sei, und der Philosoph Hegel versuchte, die französische Sprache zum Beweise heranzuziehen, wenn er schreibt: „Das Moralische muß in dem weiteren Sinne genommen werden, in welchem es nicht bloß das Moralisch-Gute bedeutet. Le Moral in der französischen Sprache ist dem Physigne entgegengesetzt und bedeutet das Geistige, Intellektuelle überhaupt.“ Und solch „Moralisches“, solche „moralische Eigenschaften“ ist vor allem und an erster Stelle die Gerechtigkeit, das Gefühl für Recht.

Wenn also die Zusammenhänge zwischen sittlicher und geistiger Kultur unauflösbar verbunden, und eine volle geistige Kultur kann darum nie sein, solange nicht eine soziale Gestaltung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen befriedigt. Menschen der zivilisatorischen Gegenwart mögen auch in der sozialen Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse zufrieden sein. Eine Kultur menschlicher Größe hat diese Zufriedenheit nicht, weil im großen Kulturmenschen hohe Intelligenz mit hohem sittlichen Gefühl verbunden ist. Die neue Menschheit kann nur unter gerechten, sozial-menschlichen Verhältnissen des Lebens glücklich sein.

Damit ist es auch kein schlechtes Zeichen für einen Menschen, organisiert zu sein. Es ist ein Beweis dafür, daß in ihm etwas von diesen großartigen Zusammenhängen zwischen Intelligenz und Ethik, zwischen Geistigkeit und Recht lebt, und hinaufzuweisen in diesen gewerkschaftlichen Rechtsgebanten heißt, hinaufzuweisen zu einem neuen, wahrhaftigen Kulturmenschtum, das da in einem ist: Können und Gerechtigkeit, Intelligenz und Liebe. Dr. Gustav Doffmann.

UNTERHALTUNG U. WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Als Suscha nach einiger Zeit beim Amtsvorsteher erschien, meinte der: „Suscha, wir haben ein nicht bedacht: Wie soll der Findling benannt werden? Euren Namen kann man ihm nicht geben, denn sonst meint jeder, es wäre einer eurer Kinder gewesen. Hast ihr euch das überlegt?“

„Ich möchte ihn Andreas nennen.“
„Wie der junge Graf heißt?“
„Darum hab' ich nicht gedacht“, wehrte Suscha ab.

„Und dann? ... Ich glaube, ein Birkenbusch oder Rosenstrauch wird mehr von ihm wissen als wir alle. Ich dachte mir, wir nennen ihn Birkenbusch. ... Und hier ist ein Goldstück.“
Suscha wehrte ab, aber der Oberförster gab nicht nach. Er meinte immer wieder, daß das Geschenk dem Kinde gelte und Suscha kein Recht habe, dem Kinde etwas vorzuenthalten. Darum fügte sie sich zuletzt auch.

Am Sonntag darauf, einem trüben Väteresonntag 1895, erhielt der Worowwer Findling bei der Taufe den Namen Andreas Birkenbusch. Suscha hielt ihn über das Taufbecken, und Jäschu Gonschorech, und Muhme Wieta Moisch waren die Raten.

Gestalten und Schatten.

V.

Außer dem alten Jäschu Gonschorech, der listigen und überredeten Muhme Wieta Moisch und der Magd Suscha Gonschorech standen im Leben des Worowwer Findlings Andreas Birkenbusch noch mancherlei Gestalten und Schatten, lichte und dunkle, lustige und trübselige, von denen man reden muß. Wie läßt man sonst ein richtiges Bild zustande?

Nicht alles findet in einem Kinderherzen ein dauerndes Bild. Manches zieht vorüber wie der leichte Schatten, den eine vor der Sonne wandernde Wolke auf Wiesen und Felder wirft. Andreas gleicht dem feinen Samentorn, das anfänglich nicht Wurzel faßt, hernach aber zu einem feinen, treu gebühten Halmlein wird.

Da stand im Erinnern des Findlings immer und immer wieder einer auf, der unergänglich blieb: der junge Lehrer Ernst Seeliger aus Friedrichshammer.

Als Andreas Birkenbusch acht Jahre zählte, hielt man von Amts wegen Umfrage, warum er nicht zur Schule käme. Aber eine solche Anfrage hatte dortzulande nicht viel auf sich. Die Worowwer nahmen es in allen geistlichen und amtlichen Dingen nie sonderlich genau.

Andreas fand die Tage im Morgenrotlicht bei Jäschu auf der Wiege viel schöner und lehrreicher als in einer bislang unbekanntem Schulstube. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte er die angeborene Worowwer Abneigung gegen Gedrucktes und Geschriebenes in sein ferneres Leben gerettet und sich mit Jäschu Gonschorech als Lehrmeister zurrieden gegeben. Aber der Alte gab keine Ruhe und drängte: „Es wird Zeit, Andreas, daß du ans Schreiben kommst. Wir können mit dem Vieze in den Kaiser nicht mehr lange warten. Wir rüden die Jahre zu schnell auf den Hals. Und hier in Woroww geht es nimmer lange. Einer nach dem andern macht sich dünn. Was soll daraus werden? Ist der letzte fort, bringt auch der Kaiser keinen mehr zurück.“

Auch Suscha, die Magd, drängte. Sie fand Andreas kräftig und ansehnlich genug, mit diesem oder dem aus der Worowwer Kinderknechte nach Friedrichshammer zur Schule zu wallfahrten. Damit rückte die Entscheidung heran. Der erste Schritt in das Leben mußte getan werden.

Jäschu tröstete ihn: „Ich werde schon nachhelfen, wo der Schulmeister eine Lücke läßt. Sei ohne Sorge. Bin ich nicht in der Welt herumgekommen? Nur mit dem Schreiben geht es nicht beizubehalten. Die Federn sind für mich alle zu weich und das Papier zu glatt und zu weiß. Dann die Tinte! ... Andreas, die Tinte! ... Die rinnt unter den Fingern hervor, wenn du gar nicht darauf denkst. Gud ihm das ab. Aber sonst laß dich mit dem Stubenhocker nicht ein. Geh ihm im großen Bogen aus dem Wege.“

Doch urteilte Jäschu Gonschorech arg an den Dingen vorbei. Das erfuhr Andreas Birkenbusch am ersten Tage. Er sah in einer Hofstube neben einigen fremden Kindern aus Friedrichshammer und Jadowice. Das war wenig behaglich. Trübselig blieb allein, das gleich kalte Hand des Senitors war, offen stand und in einem wunderbaren Garten hinaussehen ließ. „Gud einmal zum Fenster hinaus!“ sagte der Lehrer Seeliger und legte gleich den Finger auf die Lippen.

Vorsichtig drehten sich alle Kinderköpfe zum Fenster. Die Stimme des Lehrers klang, als ginge sie auf leisen Zehen. Draußen im Garten stand, wie von fernem, weichem, glänzendem Schnee umarmt und bestäubt, ein großer breitblättriger, blühender Kirschbaum. Seine Zweige reckten sich bis zum Fenster und gütigen und nicken im leichten Auf und Nieder. Seine, grüne Blattspitzen sahen aus dem dichten Blütenhaare hervor. „Hör!“ flüsterte der Lehrer, mit seiner feinen, klingenden Stimme. Er legte wieder den Finger warnend auf die Lippen.

Andreas kam es wunderbar vor, daß ein so großer Mann mit einer so leisen, klingenden Stimme sprechen könne. Die Worowwer redeten immer laut und ungeberdig drein und schimpften auch bei den friedlichsten Dingen mit lautem Volkern. Schmitze und deutsche Klischee haupelten von jedem Kränkel ab. Das gehörte sich. Nur Suscha, die Magd, verstand leise und ließ zu sprechen. Andreas mußte an sie denken und suchte sich fast zu geborgen.

Auf das „Hör!“ des Lehrers stellten die Kinder die Köpfe schief und lauschten mit angehaltenem Atem. Ein Himmlein pfeif hell und gläsern, als sei hier der blühende Kirschbaum allein geblieben. Das jarte, harte Federwässlein jätzte am Fenster ein Schloß an. Erst klang ein leiser Vorruf, als hätte eine Jacht an der Küste angelangt und gestimmt werden. Dann jätzte eine ganze Reihe durch die warme Morgenluft. Als das Federwässlein das Mitglücken am Halse einbreitete, drehten sich die Köpfe schief, um schweigend auf eine Zeit. Antwort zu hören. Und schon kam ein Erwidern von einem andern. Jochlein, jener und leiser, aber auch voller Sorge. Das Himmlein auf dem Zweige am Fenster warnte bis die Antwort angeschlossen war. Dann lag eine kurze Weile Schweigen in wechselläufigem Hauch, als wüsse eine heilige Sache durch die Stille gewahrt werden. Dann begann ein helles und jubilerendes Pfeifen und Rufen. Ein ganzes Himmlein ging über den Himmeln schwebend. Dabei sah der junge, blühende Kirschbaum auf einmal wunderbar leuchtend aus, und die vielen lauschenden Blüten leuchteten heller und heller.

Am Sonntag ein kleines, hübscherbautes Zweiglein in der weichen, sonnigen Morgenluft. Seine, leise heraberschwebende, weiße Blütenblätter kitzelten durch die Zweige der Erde und wippen neben tausend andern Blütenzweigen in dem jarte Himmlein in das lauschliche Grün. Dann jätzte das Himmlein des Himmels ein. Die letzten Blüten schwebten herab. Schweben und Stille hing im Geäst des Kirschbaums. Die Antwort auf den lockenden Ruf klang näher, jücker und jücker.

„Nun ist's genug mit dem Zuhören!“ sagte der Lehrer, die Stimme noch immer ganz leise haltend. „Jetzt haben die beiden sich nur noch allein etwas zu sagen. So, wie die Mutter ihrem Kinde Schönes und Liebes ganz leise und heimlich in das Ohr flüstert, damit niemand zuhören kann. Liebe geht auf feinen, leichten Füßchen.“

Die Stimme des Lehrers wurde weich und zart, als käme sie aus ganz weiter Ferne. Dann hielt er inne, hüstete ein wenig und nahm rasch ein weißes Tuchlein, über das sich Andreas sehr verwunderte, vor den Mund. Als er es fortnahm, leuchtete es von einigen Blutstropfen rot. Andreas erschraf darüber. Mit großen Augen sah er auf den Lehrer und auf das seine, weiße Tuchlein mit den roten Flecken.

Wächlich standen ihm zwei dicke Tränen in den Augen. Der Lehrer sah es. Das Ungeübte nahm ihn wunder. Der struppigen, rauhen und unzuverlässigen Worowwer Art war sonst anders. Selbst bei den härtesten Strafen wartete man bei ihnen auf Tränen vergeblich. Wie war das nun zu erklären und zu verstehen?

Ein vierzehnjähriger, stämmiger Burche half dem unerfahrenen Lehrer auf den Weg, wenn auch auf den falschen: „Der Andreas Birkenbusch hat keine Mutter; darum meint er jetzt.“

Lehrer Ernst Seeliger fuhr mit seiner weichen Hand, die noch seltsamer schien als die leise, klingende Stimme, über den Schopf des Findlings. Andreas hielt den Atem an. Er bangte, daß die weiße Hand allzu rasch entschwinden könne. Ein wunderbares Gefühl des Geborgenseins rann ihm durch das Blut. Die Tränen verlegten.

„Den der liebe-Herrrott besonders gern hat, den nimmt er früh zu sich in seinen Blüthengarten“, tröstete der Lehrer, der noch immer glaubte, dem Weinenden seien Vater und Mutter allzufrüh genommen worden. „Du mußt dafür ein recht braver Junge werden. Du hast später niemand im Leben, der dir helfen kann und dich an der Hand nimmt. Alle andern finden eine Heimat und ein gutes, liebes Wort. Sie können einer Mutter zu Füßen sitzen.“

„Ich hab' noch die Suscha und den Jäschu Gonschorech“, erwiderte Andreas, „und ich will bloß lernen, wie man an den Kaiser schreibt.“ Andreas Birkenbusch freute sich, den Auftrag von Jäschu Gonschorech gleich am ersten Tage vorgebracht zu haben. Stolz sah er sich im Kreise um. Die Kinder in der Schulstube horchten auf. Sie lachten nicht einmal, sondern machten nur große, verwunderte Miene. Von einem Kaiser besaßen sie keine rechte Vorstellung. Sicher war nur, daß er über dem Kaiser und dem gnädigen Herrn Grafen stand, irgendwo draußen in der Welt wohnte, viele Pferde und Waagen, unendliche Morgen an Land und Wald besaß und alle Feinde mit Krieg überzog und besaate. Daß man an einen solchen vornehmen Herrn schreiben könne, und daß dies der kleine Andreas Birkenbusch vorhatte, schien aus einem gruslichen Märchen her-

Glück.

Von Ludwig Prasilch.

In unserer Nähe wohnen lauter arme Leute. Sie lebten alle von der Hand in den Mund, von einem Tag auf den andern und kannten die Armut von Jugend auf. Jagen die einen aus und luden ihren armenigen Haushalt auf einen Karren, dann kam Ertrag dafür. Die brachten ihr altes Gerümpel auf einem brüchigen, wurmfressigen Handwagen. Bis eines Tages etwas Abwechslung in das verstaubte Einerlei kam.

Eine Witwe zog ein, und ein Fuhrwerk kam mit zwei Säulen dran. Der Kutscher und ein Handlanger luden ab und trugen die Haushaltungsgegenstände in den dritten Stock hinauf. Da sahen denn die lieben Nachbarn, daß die jetzt zerfallene Polsterkiste, ein Vertikal, kurz allerhand bessere Möbel aus den Tagen einer gewissen Wohlhabenheit stammten. Und vor dem Reichtum, ja schon vor den besten verblakten Resten des Besitzes hat die unwissende Armut Achtung und Respekt, und dieser ankerte sich sofort der Witwe gegenüber. Die armen Nachbarn gingen der besseren Witwe und ihrer hübschen, erwachsenen Tochter anrangs schon aus dem Wege. Bis es eines Tages fast zu einem Krach gekommen wäre. Die Kinder der armen Leute hörten, daß die Tochter ihre Mutter mit „Mama“ ansprach, laut, offensichtlich und aus alter Gewohnheit. Und darüber lachten die Büben und Mädels der Nachbarn, höhnten und spotteten. Die Witwe aber erzählte gelegentlich ihrer nächsten Nachbarin aus ihrer Vergangenheit, daß sie in jüngeren Jahren vierzehnjährig ins Theater fuhr, sehr feine und reiche Verwandte hätte und ihr erster Mann Staatsbeamter war, ein hoher Joger.

Oben in einer Dachkammer hauste ein Junggeselle, ein notariischer Anwalt, und demgegenüber wohnte die bessere Witwe verpflichtet, ihr Schicksal, ihre Vergangenheit zu berichten, beim hiergefüllten Krug.

„Ja, lieben Sie, hätte ich den Bruder Reichthum, den Schauspieler nicht geheiratet, so besäße ich noch heute Staatspension. Aber ich war einfach vernarrt in ihn! Schuld sind aber eigentlich meine Eltern. Die haben mich als junges Ding an den alten, gebrechlichen Regierungsrathen förmlich verpupelt. Was hatte ich da vom Leben? Neugierlich mangelte mir ja nichts, aber meine Jugend verlangte nach einem lieben Mann. Und als der alte starb, fand ich hinter den Vorhang ein kleines Häufchen. Kaum war sie geboren, ließ er mich im Stich. In Petersburg soll er im Glend gestorben sein. Ein schwindsüchtiger Schauspieler ... ich habe ihm längst vergeben.“ sagte die Witwe in der Stimmung, wie sie alkoholgetränkte Sentimentalität erzeugt. Der andere aber schätzte ihr die Hand und war von Stund an ihr Vertrauter. „Musiker, spielte in irgendeinem Angestellten der Vorstadt und nahm die Witwe mit ihrer glühenden Zunge öfter sprich als gute Bekannte mit. Die Lina hatte Kunst und Fertigkeiten am bunten Brett. Etwas vom Schauspieler war in ihr. Lebendig, temperamentvoll war sie und sang nach dem Urteil des Musikers gar nicht übel.“

Es dauerte gar nicht lange, und man hörte, daß sich für die Witwe ein großzügiger, reicher Kunstfreund interessierte und um ihre Ausbildung fürs Theater aufkam. Der alte musikalische Freund wurde Lehrer und Berater.

Unter dessen mühte die Witwe Heimarbeit machen, denn ihre reichen Verwandten gaben schließlich nichts mehr an die immer wiederkehrenden Bettelbriefe. Kam aber einmal das wacklige Geld von der Post, dann war Hosen offen, und der Maßkrug wurde nimmer leer, bis der letzte Kröpf beim Vort war.

Nach den Anjichten des musikalischen Lehrers machte die Ausbildung der Lina mittlerweile Fortschritte, und der Abschlus wurde festlich begangen.

Die Lina hatte Glück. Ihr alter Sonnen sorgte für ihre Anstellung in irgendeiner Großstadt an einem kleinen Theater. Vielleicht bringt dir die Bühne mehr Glück wie deinem Papa“, hoffte die Mutter beim Abschied der Tochter. Monat um Monat schickte nun die Lina der Mutter Geld. Die Witwe hing die Arbeit an den Nagel, sah in den Dämmerstunden oben beim alten Lehrer der Lina, und beide sprachen nun von nichts mehr, als von der glücklichen Zukunft der Lina, von Bühnenerfolgen, Reichtum und einem sorgenfreien Lebensabend, denn die Lina gab ja mit vollen Händen. Da trat der Umsturz ein. Die Gehaltsungen aus der Stadt wurden spärlicher, blieben ganz aus, bis schließlich die Lina schrieb, daß sie auf Besuch käme.

ausgesprungen zu sein. So warteten die Schulkinder auf ein Wort des Lehrers.

„Warum gleich an den Kaiser?“ fragte Ernst Seeliger, griff Andreas unter das Kinn und beugte den Kinderkopf zurück, daß er die hellen, blauen Augen suchen konnte.

Andreas schob eifrig los. Verstandene und unverstandene, gerade und schiefe Worte stießen auf einmal in einer ehrbaren Dorfschule ihre struppigen und revolutionären Köpfe hervor. Nichts blieb im Verborgenen. Der Lehrer wurde ernst, schüttelte manchmal mit dem Kopfe und half dann doch immer wieder nach, wenn das kleine, sprudelnde Brunnlein versiegen wollte. Der Junge kam ihm selbst am allzulebte, bereit und leidenschaftlich vor und schien dann doch zuletzt wieder kindlich unberührt und bertraumt. Ihm wurde darum der feste Entschlus, auf dieses wild schlagende Herz recht achsam zu sein.

„Das ist schön“, sagte der Lehrer, „daß du dir so Großes vorgenommen hast. Besonders gefällig mir aber, daß du den andern Menschen mit deinem Tun helfen willst. Wir wollen einmal später darüber ganz lange reden.“

Als von der Dorfschule die Mittagsstunde befiel und alle glücklich zur Schultür herauströmten, stand Ernst Seeliger neben der Haustür. Er hatte die Hände auf den Rücken gelegt. Andreas ging auf Zehenspitzen auf den Lehrer zu und sah sich die weichen, schmalen und weißen Hände an, die vordem über seinen Schopf gefahren waren. Ihm ging es nicht in den Kopf, wie zwei Männerhände so weich und zart, zarter als die Hände von Suscha und seine eigenen Kinderhände, sein konnten. Zu leicht fuhr er leise über diese wunderlichen Finger. Ernst Seeliger wandte sich erstaunt um. Er haschte nach Andreas, aber der war blitzschnell zum Tore hinaus und um die Weibsdornhecke verschwunden. Niemals hielt Andreas am Dorfe, wo die schmale Brücke unter der zerstückelten Holzbrücke hindurchriefelte, inne. Verträumt folgten seine Augen dem treibenden, leise gluckenden Wasser.

Andreas vergaß auf die Zeit und den Heimweg.

„So? ... Das nennst du zur Schule gehen?“ Man es auf einmal neben ihm, und Jäschu Gestalt tauchte an der Brücke auf. „Die Worowwer Schafe sind schon längst im Stalle. Ich hab eine Stunde lang auf dich am Postschlag gewartet. Derweil vertreibst du dir hier die Zeit? Kannst du dir nicht denken, daß man um dich in Angst und Sorge ist?“ Andreas erwiderte nichts. Er sah den Alten mit großen, verträumten Augen an. Nur langsam fand er sich in die Wirklichkeit zurück. „Dat er dir etwas getan?“ fragte Jäschu Gonschorech. In seiner Stimme lag ein dunkles Grollen. Mit dem Daumen der Rechten wies er über die Schulter nach dem Dorfe. Andreas verstand ihn sofort und schüttelte den Kopf.

„Was ist dann mit dir?“ (Fortsetzung folgt.)

Und eines Tages kam sie geschminkt, aufgedonnert wie eine rechte Theaterprinzessin der Vorstadt. Als sie über die Treppe emporstieg, hielten die Kinder der Nachbarn in Hof und Gang herum, deuteten mit Fingern auf die großen Federn am Hut der Dame und lachten: „Die Komödiantin kommt!“

„Ob, ihr vermißt wohl ganz, Cervous!“ begrüßte die Künstlerin ihre Mutter und gab ihrem alten Lehrer einen Klop. Dann steckte sie die Zigarette zwischen die Zähne und paßte los. Gleich mußte der Alte hier holen, einige Nachbarn wurden geladen, und so begannen sie das Wiederleben herzlich und tüchtig!

Alle neugierigen Fragen beantwortete die Lina mit einer Handbewegung. Ihre künstlerische Tätigkeit erwähnte sie mit keinem Wort. Die irgenden Blicke der Mutter beantwortete sie mit irdischen Gebärden und ordinärem Gelächter. „Hoh! so lange mein alter Herr liebt, bin ich kein heraus. Habe nobel möbliertes Zimmer und sonst alles, was ich mir wünsche.“ „Wie schön du geworden bist“, lachte begeistert der alte Musikus.

Am Abend empfahl sich die Lina und ließ zum Gedenden an ihren Besuch eine Anzahl harte Taler da.

„Wie ich mich freue auf die Badereise! Mein nobler Herr führt mich in irgendein Bad, müßt ihr wissen. Wird das ein Leben werden auf Monate hinaus!“ freute sich die Lina, ließ ein Auto holen und fuhr zum Bahnhof.

„Sie hat eben doch Glück, die Lina“, rief der alte Musiker und entwarf unter Grundlage der harten Taler für die nächsten Tage ein amüsanter Programm; denn er fühlte sich als unumwundelter Sachwalter in allen Angelegenheiten der Witwe. Kein Wunder, war er doch der eigentliche Begründer, der Erreger in diesem Glückfall.

Nun begannen wieder eine Anzahl herrlicher Tage für die Witwe und den Musikanten. Sie aßen im Restaurant, besetzten sich äußerlich aus und lebten ganz wie Leute, die aus einer fernen Quelle schöpfen. Die Lina schickte Ansichtskarten aus ihrer Sommerfrische.

„Da war ich auch, als ich noch Frau von war. Die arme Lehrertochter hat sich als Frau Regierungsbaurat schon sehen lassen können!“ meinte die Witwe, während ihr Sachwalter aus der langen Pfeife qualmte.

Eines Tages war der letzte Taler gewechselt. Das alte Glend ging an, und die Arbeit war für die Leuten eine graufige Sache. Stück um Stück von den besseren Sachen im Haushalt wurde zum Tröbler getragen um ein elendes Südbengel. Wenn es nicht mehr zum Bier reichte, mußte der Schnaps herhalten. Die Lina ließ trotz wiederholter Anfragen nichts mehr von sich hören. Nun schickte der Musiker im Namen der Witwe Bettelbriefe an die Verwandten der Frau. Endlich schlug es ein. Ein paar reiche Damen schrieben, daß sie sich die Sache selbst ansehen wollten. Nun wurde Heimarbeit ins Haus geschafft und alles für den noblen Besuch vorbereitet.

Als die reichen Damen im Auto vorfahren, gab es Aufsehen genug bei den armen Leuten. Die Treppe hinauf wies sie ein schamloses Bengel. Beim Eintritt in das ärmliche Zimmer griff die ältere der beiden Damen nach dem Reichthümchen.

„Oh, oh ... aber eine Atmosphäre ist hier ... du, etelhaft, an die ich mich erst gewöhnen müßte“, sprach sie leise und sah vorwurfsvoll nach der armen Verwandten hin.

„Ja, liebe Lina, das Geschäft da, der Leim, ach ja, man muß eben arbeiten, um zu leben“, geuchelte die Witwe. Die beiden reichen Damen aber hielten vorsichtig ihre seidenen Kleider, damit sie ja mit der Umgebung nicht zu nahe in Berührung kämen. Wie ein gnädiges Amoson warfen sie bei im Glend verkommenen Verwandten Geld auf den wackligen Tisch. Eine stinkige Delfunzel qualmte auf der Treppe und zeigte den Damen den Ausweg aus dem Harte der Armut.

Das war der letzte reiche Besuch im Haus und auch die letzte Gnadengabe. Die Witwe blieb abgeperrt von der wohlhabenden Welt ihrer Verwandten. Als einziger Tröster und Berater blieb ihr vor der Hand der Lehmeister ihrer Lina. Als aber nirgends mehr materielle Hilfe kam, auch von der glücklichen Künstlerin nicht, zog sich der leiche Freund zurück und die Witwe sah allein und verlassen in den vier lahlen Wänden. Die Schnapsflasche wurde ihre Trösterin. Voll davon torfelte sie über Stiegen und Hof und wurde zum Gespött ihrer Umgebung. Auf elendem Lager, in Lumpen und Ungeziefer starb sie. Von der Lina hörte man nichts mehr. Ihr Glück war nur von kurzer Dauer. Sie blieb verfallen.